Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 15. Dienstag, den 21. Februar 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: **ohne Zustellung** ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ **mit Zustellung** ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 16. Februar 1893 unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter und des Vice-Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig. Die Sitzung ist eröffnet.

1. Ich habe die Ehre, mitzutheilen, dass die Herren Gem.-Räthe Sasse und Stiaßny ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigen. Dem Herrn Gem.-Rath Schenzel, welcher eine Geschäftsreise ins Ausland angetreten hat, wurde ein Urlaub von acht Tagen bewilligt.

2. An den Herrn Bürgermeister ist ein Schreiben des Vereines zur Unterstützung hilfsbedürftiger Schulkinder in Währing eingelangt, in welchem derselbe ersucht, dem Gemeinderathe den Dank für die hochherzige Spende von 150 fl. auszusprechen. — Wird zur Kenntnis genommen.

3. In der letzten Sitzung hat Herr Gem.-Rath Schlechter auf verschiedene Übelstände bei den Schneeabladeplätzen am Wienflussufer hingewiesen. Es haben bereits am 21., 23. und 26. Jänner commissionelle Erhebungen stattgefunden, infolge welcher die weitere Benützung dieser Plätze inhibiert wurde. Diese Verfügung ist sämmtlichen Bezirksvorstehern und Bezirksamtsleitern bekanntgegeben worden und wurden die Commissariate ersucht, die genaueste Einhaltung dieser Verfügung zu überwachen. Übrigens ist mittlerweile die Menge der abgeladenen Schneemassen, theils durch Abschmelzen, theils durch Abwaschung so bedeutend verringert worden, dass eine weitere Verfügung derzeit nicht nothwendig erscheint. Ich ersuche den Herren Schriftführer, die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski verliest nachstehende Einläufe:

4. Interpellation des **Gem.-Rathes Wimberger:**

Unter Bezugnahme auf ein mir zugekommenes Schreiben erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Welche Schritte derselbe bereits eingeleitet hat oder noch einzuleiten gedenkt, damit der schon so vielfach beklagten Schädigung der Fleischhauer durch die am Viehmarkte stattfindende Überfütterung der Thiere endlich einmal energisch ein Ende gemacht werde?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

5. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Rechansky** und Genossen,

bezüglich zutreffenden Sicherheitsmaßregeln für den Betrieb der Personenaufzüge in den neuen Stadthäusern.

Den bestehenden Verordnungen gemäß müssen zwar alle Personenaufzüge bei ihrer ursprünglichen Herstellung von Seite des Stadtbauamtes hinsichtlich der Verlässlichkeit ihrer Construction behördlich geprüft werden: sobald sie aber im Betriebe sind, werden dieselben nur alljährlich zweimal hinsichtlich ihrer constructiven Intactheit stadtbauämtlich revidiert. Dieses Maß der Überwachung erscheint den Gefertigten nicht genügend und wären dieselben der Meinung, dass die betreffenden Revisionen allmonatlich wiederholt werden sollten, um das Publicum zu beruhigen, dass keine die persönliche Sicherheit der Bürger bedrohenden Mängel der betreffenden Installation während des Betriebes sich eingeschlichen haben. Auch für die Handhabung des Betriebes fehlt es trotz der Gefährlichkeit des diesfälligen Dienstes an jedweden positiven behördlichen Verhaltungsmaßregeln für die häuslichen Aufsichtsorgane und halten es deshalb die Gefertigten für das Leben und die persönliche Sicherheit der Bürger dringend geboten, dass eine Instruction an die Portiere und Hausbesorger erlassen wird, in welcher dieselben über die Verpflichtungen ihres diesfälligen Dienstes aufgeklärt werden und darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie bei Nichteinhaltung der ihnen diesfalls obliegenden Verbindlichkeiten sich einer schweren Verantwortlichkeit schuldig machen würden.

Sollte eine allmonatliche Revision dem Stadtbauamte nicht möglich sein, so könnten vielleicht die Hausbesitzer verhalten werden, allmonatlich Atteste von behördlich autorisierten Civil-Ingenieuren vorzulegen.

Wir bemerken, dass der Anlass zu diesem Antrage in einem vorgekommenen Falle gelegen ist, wo die Aufzugsseile infolge ungenügender Ölung sich in solchem abgenützten Zustande befanden, dass ein Reißen derselben jeden Augenblick hätte eintreten können.

Die ungenügende Ölung aber war wieder eine Folge des Umstandes, dass der Hauseigenthümer aus Sparsamkeit dieselbe nicht gegen Pauschale der Fabrik übertrug, der Portier aber weder das richtige Verständnis dafür hatte, noch es eigentlich für seine Sache hielt.

Die Unterzeichneten stellen daher den Antrag:

Der Magistrat, beziehungsweise das Stadtbauamt werde beauftragt, ehethunlichst bezüglich der Überwachung, Bedienung und Instandhaltung der Personenaufzüge ein Regulativ auszuarbeiten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen. — Wir schreiten zur Tagesordnung. Zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rath v. Götz.

6. Referent Gem.-Rath v. Götz: Ich habe die Ehre, zur Zahl 7706 zu referieren. Zur Completierung der elektrischen Beleuchtung in der Volkshalle und der angrenzenden Stiegenhalle wurde im Jahre 1891 von Seite des Stadtrathes auf Grund der Position Rubrik IV 22 „Bauliche und sonstige Herstellungen im neuen Rathhause" ein Betrag von 3240 fl. 75 kr. bewilligt und in Erwartung, dass der größte Theil des Betrages im Jahre 1891 zur Auszahlung gelangen wird, in das Präliminare pro 1892 bloß ein Betrag von 500 fl. eingestellt.

Nachdem aber im Jahre 1891 bloß ein Betrag von 1571 fl. zur Auszahlung kam, wäre nach der buchhalterischen Rechnungslegung noch ein Betrag von 1360 fl. 82 kr. zu begleichen und es beantragt Ihnen der Stadtrath, einen Zuschusscredit zur Ausgabs-Rubrik „Bauliche und sonstige Herstellungen im Rathhause" anlässlich der Installation der elektrischen Beleuchtung der Volkshalle im neuen Rathhause im Betrage von 860 fl. 82 kr. für das Jahr 1892 zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Beschluss: Anlässlich der Installation der elektrischen Beleuchtung der Volkshalle im Rathhause wird zur Ausgabs-Rubrik „Bauliche und sonstige Herstellungen im Rathhause" ein Zuschusscredit von 860 fl. 82 kr. bewilligt.

7. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ich habe die Ehre, zu referieren über ein Gesuch des Vereines der Jugendfreunde in Wien um Subvention.

Dieser Verein besteht seit 17 Jahren und macht es sich zur Aufgabe, humanitäre Zwecke zu verfolgen; er erhält auch eine Freibücherei, welche zur öffentlichen Benützung bestimmt ist. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse wird beantragt, dem Vereine der Jugendfreunde eine Subvention von 50 fl. zu bewilligen. Ersuche um die Annahme dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Beschluss: Dem Vereine der Jugendfreunde wird eine Subvention von 50 fl. bewilligt.

8. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ein zweites Gesuch um Subvention liegt vor von dem Vereine zur Erhaltung der Krieger-Denkmäler in Jitschin und Königgrätz in Böhmen.

Die Sache verhält sich in folgender Weise. Der Gemeinderath hat bereits mit Beschluss vom 12. September 1890 in Anbetracht des patriotischen Zweckes den Comités zur Erhaltung der Krieger-Denkmäler auf den Schlachtfeldern von Jitschin und Königgrätz eine Subvention von 150 fl. bewilligt. Nun haben diese beiden Comités sich vereinigt und die Denkmäler restauriert; um dieselben für alle Zukunft in gutem Zustande zu erhalten, bedarf es einer entsprechenden Organisation. Es hat sich ein Centralverband dafür gebildet, und es wird das Ansuchen gestellt, diesem Centralverbande mit einem Gründungsbeitrage beizutreten. Es wird beantragt, für den Centralverein zur Erhaltung der Krieger-Denkmäler von 1866 in Böhmen im Sinne des § 5 der Statuten einen Gründungsbeitrag von 100 fl. zu bewilligen. Der Stadtrath empfiehlt die Annahme dieses Antrages.

Gem.-Rath Tagleicht: Ich vermisse in der Tagesordnung die Anführung dieses Gegenstandes.

Referent: Derselbe befindet sich auf der gedruckten Tagesordnung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluss: Dem Centralvereine zur Erhaltung der Krieger-Denkmäler vom Jahre 1866 in Böhmen wird ein Gründungsbeitrag von 100 fl. im Sinne des § 5 der Vereinsstatuten bewilligt.

9. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ein drittes Subventionsansuchen liegt vor von dem Vereine zur Begründung und Erhaltung unentgeltlicher Knabenbeschäftigungs-Anstalten im VII. Bezirke. Bezüglich dessen wird bemerkt, dass dieser Verein auch im Vorjahre eine Subvention erhalten hat. Nachdem auch eine budgetmäßige Bedeckung vorhanden ist, so wird mit Rücksicht darauf, dass dieser Verein schon seit einer Reihe von Jahren diese Subvention erhält und nachdem das Wirken desselben ein anerkannt gemeinnütziges ist, vom Stadtrathe beantragt, demselben für das Jahr 1892 eine Subvention von 600 fl. zu bewilligen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Dem Vereine zur Begründung und Erhaltung unentgeltlicher Knabenbeschäftigungs-Anstalten im VII. Bezirke wird eine Subvention von 600 fl. pro 1892 bewilligt.

10. Referent Gem.-Rath Boschan: Ich habe die Ehre, zu berichten zur Beilagezahl 19.

Der Magistrat berichtet, dass in unseren städtischen Versorgungs-Anstalten eine derartige Überfüllung mit Pfründnern eingetreten ist, dass es nothwendig ist, und zwar sobald als möglich, irgend eine Abhilfe dagegen zu treffen. Nun ist allerdings die Abänderung unserer Armenordnung im allgemeinen im Zuge und wird in vielleicht nicht allzulanger Zeit ein diesbezüglicher Antrag dem verehrten Gemeinderathe vorgelegt werden. Diese Sache ist jedoch inzwischen dringend geworden, und es ist nothwendig, Maßregeln zu ergreifen, welche eine sofortige, wenigstens theilweise Evacuierung dieser Anstalten als möglich erscheinen lassen.

Nun war der Magistrats-Referent der Meinung, dass, wenn man solchen Pfründnern, welche bereits seit langer Zeit im Hause sind und welche Angehörige in Wien haben, einen etwas größeren Betrag geben würde, als die gewöhnlichen Pfründen ausmachen, dieselben in der Lage wären, sich auch außerhalb des Hauses erhalten zu können, und beantragt daher, man solle in dieser Beziehung ihm die Ermächtigung geben, bei sorgfältiger Auswahl derjenigen Personen, von welchen anzunehmen ist, dass diesbezüglich kein Missbrauch geschehe, mit solchen erhöhten Pfründen vorzugehen. Ebenso wird es auch nothwendig sein, denjenigen Personen, die im Genusse von kleinen Pensionen, Provisionen und dergleichen stehen, bei gewissen Gelegenheiten, sei es zum Holzankaufe, sei es bei Gelegenheit des Zinses und dergleichen, mit kleinen Unterstützungen unter die Arme zu greifen und auf diese Weise den Andrang in

die Versorgungshäuser etwas abzuhalten. Die Anträge, welche vom Magistrate gestellt werden und welchen sich der Stadtrath angeschlossen hat, lauten wie folgt (liest):

„Für solche Pfründner, welche sich bereits in den städtischen Humanitäts-Anstalten befinden und welche sich zum Austritte gegen höhere Pfründenbezüge bereit erklären, werden bei nachgewiesener gänzlicher Erwerbs-, rücksichtlich Arbeitsunfähigkeit Pfründen, rücksichtlich Erhaltungsbeiträge von monatlichen 10 fl. und eventuell, wenn nothwendig, von monatlichen 12 fl. versuchsweise eingeführt (§ 45 der Vorschriften über die Armenpflege und Anhang hiezu), und wäre der Magistrat zu ermächtigen, auch solchen Pensionisten, Provisionisten oder im Genusse irgend eines Bezuges stehenden Personen, welche in den städtischen Humanitäts-Anstalten in Pflege stehen und aus denselben auszutreten sich bereit erklären, je nach der Höhe ihres Bezuges kleinere monatliche Beiträge aus dem Versorgungsfond anweisen zu dürfen, und zwar in der Weise, dass hiedurch der Gesammtbezug der Betreffenden den Betrag von monatlichen 15 fl. nicht übersteigt. (§ 44 lit. d der bezogenen Vorschriften.)"

Der Magistrat ist der Meinung, dass durch diese Maßregel, welche man als einen Versuch bezeichnen kann, vielleicht der gewünschte Erfolg eintreten wird, dass wenigstens ein Theil der Pfründner aus dem Hause hinausgeht und dadurch vielen anderen Personen, welche in die Häuser aufgenommen werden sollen, derzeit aber wegen Raummangels zurückgewiesen werden müssen, die Aufnahme in das Haus ermöglicht werden würde. Ich erlaube mir daher, die geehrten Herren zu bitten, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Gem.-Rath Schlechter: Ich habe mir das Wort nicht darum erbeten, um gegen den Antrag des Stadtrathes, wie er vorliegt, im ganzen zu sprechen; auch ich halte die Einführung einer Maßregel, wodurch denjenigen Pfründnern, welche aus den Versorgungshäusern herausgehen, durch die Anweisung einer höheren Gebür die Möglichkeit geboten wird, wirklich außerhalb des Versorgungshauses zu bleiben, für richtig und glaube, dass dadurch auch wirklich eine Entlastung der Versorgungshäuser eintreten würde. Allein ich habe schon im Stadtrathe darauf hingewiesen, dass durch die einfache Fassung, dass jedem, der im Versorgungshause ist, ohne Rücksicht auf die Zeit die erhöhte Gebür zugänglich werde, eine Prämie für solche geschaffen wird, welche vielleicht nur momentan ins Versorgungshaus hineinzugelangen suchen, dies aber nur als Zwischenstadium benützen, um in den Genuss einer höheren Pfründe zu gelangen, und dadurch ein großer Theil derjenigen, welche den Umweg über das Versorgungshaus für die höhere Pfründe nicht mitmachen, geschädigt wird. Von diesem Standpunkte, glaube ich, muss man die Sache auch auffassen, und ich hätte daher geglaubt, dass es wünschenswert wäre, den Beisatz zu machen, dass diese Begünstigung nur solchen Pfründnern zutheil werden kann, welche wenigstens längere Zeit schon im Versorgungshause untergebracht waren, weil man sonst geradezu diejenigen, die mit diesem Beschlusse bekannt werden, auffordert, diesen Weg zu wählen, um dadurch zu einer gegenüber den anderen Pfründnern bedeutend besseren Lage zu gelangen.

Wie bekannt, haben wir Pfründner, die mit 2 oder 3 fl. monatlich abgespeist werden. Wenn es nun einem solchen Pfründner gelingt, in das Versorgungshaus zu kommen und ihm die Möglichkeit geboten ist, schon nach ein oder zwei Monaten wieder herauszugehen und dann sofort in den Genuss von einer Pfründe von 10 oder 12 fl. zu gelangen, so schädigt er damit gewiss einen großen Theil der anderen, welche diesen Umweg nicht machen können.

Meine Anregung hat allerdings im Stadtrathe nicht die Majorität gefunden, ich glaube jedoch, wir sollten, wenn wir derartige Bestimmungen bezüglich des Armenwesens treffen, sehr vorsichtig sein. Man darf sich von der Humanität nicht hinreißen lassen, denn man decretiert dann eine Maßregel, die allerdings einzelnen zugute kommt, die aber vielleicht doch im großen und ganzen als eine verfehlte anzusehen ist. Ich muss daher heute selbst auf die Gefahr hin, dass dieser Antrag abgelehnt würde, den Antrag wiederholen, dass nach den Worten: „welche sich bereits" eingeschaltet werde: „mindestens seit einem halben Jahre". (Rufe: Das ist zu wenig! Zwei Jahre!) Ich sehe aus den Zurufen, dass die Herren im Principe die Anschauung, die ich vertrete, billigen. Aber ich will nicht zu weit gehen. Ich glaube jedoch, dass eine entsprechende Zeitbestimmung gemacht werden soll. (Rufe: Ein Jahr! Zwei Jahre!) Ich stelle also den Antrag, dass eingeschaltet werde, „welche sich mindestens ein Jahr in einer städtischen Versorgungs-Anstalt befinden". Ich glaube, das ist nicht zuviel. Ich möchte Sie daher bitten, diesen Zusatz-Antrag, der ja an dem übrigen nichts ändert, anzunehmen.

Man wird mir entgegen — das muss ich noch beifügen — die Durchführung ist ja Sache des Magistrates. Meine Herren! Ich habe alles Vertrauen zum Magistrat, aber einen solchen Beschluss, wie er hier vorliegt, haben *wir* zu verantworten, und wenn wir dem Magistrate nicht eine gewisse Directive geben, so ist es ihm ganz anheimgestellt, einen Pfründner, der auch nur acht Tage in der Versorgungs-Anstalt war, in den Genuss einer höheren Pfründe zu setzen. Ich bitte also, den von mir gestellten, und wie ich glaube, im Interesse der Sache gelegenen Zusatz-Antrag annehmen zu wollen. (Bravo! Bravo!)

Gem.-Rath Tagleicht: Ich betrachte den Antrag des Stadtrathes geradezu nur als ein Palliativmittel, welches unter den gegebenen Verhältnissen jedenfalls zu ergreifen ist; ich betrachte aber die Durchführung dieses Antrages nicht als ein Mittel für die vollständige Sanierung der jedenfalls sehr tristen Verhältnisse in unserem Armenwesen. Die Überfüllung der städtischen Versorgungshäuser ist ein trauriges Zeichen der schlechten Zeitverhältnisse. Wir werden, so meine ich, jedenfalls dahin gelangen, dass sich der Gemeinderath wird aufraffen müssen, neue Armenhäuser zu erbauen; ich stelle daher den Antrag, der löbliche Stadtrath solle die Frage der Erbauung eines neuen Versorgungshauses vorberathen und die Vorlage dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorlegen.

Gem.-Rath Dr. Huber: Ich trete gegenüber meinem, mir gewiss sehr sympathischen Collegen *Schlechter* für den Antrag des Stadtrathes ein. Herr College *Schlechter* glaubt, man solle im Armenwesen vorsichtig sein; das glaube ich auch, aber nicht bloß im Armenwesen, sondern überall. Dass gerade das Armenwesen eine ganz besondere Vorsicht erfordert, dem kann ich nicht beistimmen; es erfordert, wie eben jede geschäftliche Angelegenheit, auch das Armenwesen wegen der Höhe der Auslagen ganz besondere Erwägungen, aber wie gesagt, Vorsicht braucht man überall. Ja, meine Herren, glauben Sie, dass es irgendwie möglich ist, einen Zustand zu schaffen, der so vollkommen ist, dass nicht möglicherweise Misbrauch getrieben werden kann? Davon kann die Verwaltung bei ihren Einrichtungen nicht ausgehen, sondern sie muss

den Hauptgesichtspunkt voranstellen — den Zweck, und es darauf ankommen lassen, dass möglicherweise auch ein Missbrauch geschieht. Aber, wie soll denn ein Missbrauch geschehen? Entweder haben Sie zur Verwaltung des Armenwesens Vertrauen oder nicht. Glauben Sie, dass die Verwaltung des Armenwesens in der Ordnung ist, so ist es gewiss besser, wenn die betreffenden Personen eine gewisse Machtbefugnis haben, und nicht mit gewissen Beschränkungen arbeiten müssen. Es lässt sich nicht auf den Tag berechnen, ob jemand ein oder zwei Jahre, fünf oder sechs Monate Pfründner sein muss, sondern es hängt das von ganz speciellen Verhältnissen ab. Es gibt eine Menge Pfründner, denen es eine gewisse Wohlthat ist, die höhere Pfründe zu bekommen und herauszugehen, wenn sie aus früheren Tagen irgend eine Verbindung haben, so dass sie da oder dort in ein Haus hineinkommen können u. s. w. Diese werden möglicherweise herausgehen, andere nicht. Ein Missbrauch kann umsoweniger geschehen, als ja die Verwaltung schon dafür sorgen wird, dass dies nicht geschehe. Diese muss ja doch auch eine Praxis und einen Überblick haben und wird sich nicht von einem Pfründner täuschen lassen. Ich glaube, Sie würden eine ganz verfehlte Maßregel treffen, wenn Sie den Antrag meines sehr lieben Collegen Schlechter annehmen. Ich bitte Sie, dem Antrage des Referenten, welcher der Stadtraths-Antrag ist, zuzustimmen.

Referent (zum Schlusswort): Ich möchte Sie recht sehr bitten, dem Antrage des St.-R. Schlechter nicht zuzustimmen; durch diese Beschränkung wird die Wirkung dieser Maßregel sehr herabgedrückt werden. Es ist ja möglich, dass ein Pfründner seit einem halben Jahre im Hause ist und seine Kinder, Geschwister oder sonstige Verwandte ihn aufnehmen wollen. Es wird Sache des Magistrates sein, dafür zu sorgen, dass nicht jemand das Versorgungshaus gewissermaßen bloß als Durchhaus benütze, um eine höhere Pfründe zu bekommen. Aber den Magistrat so zu binden und zu sagen, dass erst ein Pfründner, der ein Jahr draußen ist, der gewissermaßen ein Jahr abzusitzen hat, eine höhere Pfründe bekommen könne, scheint mir durchaus nicht zweckmäßig.

Die Anregung des Gem.-Rathes Tagleicht geht ja zunächst an den Stadtrath, und insoferne könnte man dieselbe nicht bekämpfen. Ich bin aber der Meinung, dass es nicht in der Absicht der Gemeinde liegen kann, die Zahl der Armenhäuser zu vermehren. Im Gegentheil, es soll das System ausgebildet werden, dass jene Personen, die sich mit Pfründen erhalten können, möglichst außerhalb des Hauses erhalten werden. Übrigens ist die Organisation der ganzen Armenpflege, wie ich schon eingangs meiner Erörterung gesagt habe, im Zuge, und werden diesbezüglich ausführliche Anträge an den Gemeinderath kommen. Ich würde also bitten, die Anträge des Stadtrathes unverändert anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Vom Herrn Gem.-Rath Schlechter ist beantragt worden, dass diese Maßregel auf solche Pfründner eingeschränkt werde, welche mindestens ein Jahr in der städtischen Humanitäts-Anstalt sich befinden.

Ich ersuche jene Herren, welche der Einschaltung dieser Worte nach dem Worte „bereits" zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Diese Einschaltung ist angenommen.

Ich ersuche nun jene Herren, welche dem Antrage des Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Tagleicht hat den Wunsch ausgesprochen, es möge die Frage der Neuerbauung von städtischen Versorgungshäusern vorbereitet und dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, dass dieser Antrag dem Stadtrathe zugewiesen werde, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Beschluss: Für solche Pfründner, welche sich bereits mindestens ein Jahr in den städtischen Humanitäts-Anstalten befinden und welche sich zum Austritte gegen höhere Pfründenbezüge bereit erklären, werden bei nachgewiesener gänzlicher Erwerbs-, rücksichtlich Arbeitsunfähigkeit Pfründen, rücksichtlich Erhaltungsbeiträge von monatlichen 10 fl., und eventuell, wenn nothwendig, von monatlichen 12 fl. versuchsweise eingeführt (§ 45 der Vorschriften über die Armenpflege und Anhang hiezu), und wäre der Magistrat zu ermächtigen, auch solchen Pensionisten, Provisionisten oder im Genusse irgend eines Bezuges stehenden Personen, welche in den städtischen Humanitätsanstalten in Pflege stehen und aus denselben auszutreten sich bereit erklären, je nach der Höhe ihres Bezuges kleinere monatliche Beiträge aus dem Versorgungsfond anweisen zu dürfen, und zwar in der Weise, dass hiedurch der Gesammtbezug der Betreffenden den Betrag von monatlichen 15 fl. nicht übersteigt. (§ 44 lit. d der bezogenen Vorschriften.)

11. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Zahl 844. Die Herren wissen bereits aus den Zeitungen von dem Unglück, das die Insel Zante betroffen hat, indem dieselbe durch ein Erdbeben vollständig zerstört und dadurch die Bewohner oder wenigstens ein großer Theil derselben in große Nothlage gerathen sind. Der Herr Bürgermeister hat sich nun in einer Präsidialnote an den Stadtrath mit dem Antrage gewendet, dass auch die Gemeinde Wien ihr Scherflein zur Unterstützung der Verunglückten auf Zante beitragen möge. Der Stadtrath empfiehlt Ihnen auf Grund dessen, zur Unterstützung der Verunglückten auf der Insel Zante einen Betrag von 1000 Francs zu widmen. Ich empfehle den Antrag Ihrer Genehmigung. (Allgemeine Zustimmung.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Angenommen.

Beschluss: Den durch das Erdbeben auf der Insel Zante Verunglückten wird ein Beitrag von 1000 Francs gewidmet.

12. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ad Zahl 18. Der Act betrifft den Statthalterei-Erlass vom 19. Jänner 1893, Z. 3270, womit um endgiltige Entscheidung in der Frage der angeregten Auflassung eines Theiles der Goldschlagstraße bei dem Kaiserin Elisabeth-Spitale im XIV. Bezirke ersucht wird.

Die Statthalterei ersucht, man möge den Theil der Goldschlagstraße zwischen der Holocher- und Huglgasse zu dem Zwecke auflassen, damit das Spital sich mit dem vor demselben befindlichen Platze, welcher bis an die Felbergasse reicht und als Garten zu benutzen ist, in Verbindung setzen könne. Das Spital hat nämlich diesen Platz als Gartenanlage bestimmt.

Nun möchte ich aber darauf hinweisen, dass die Goldschlagstraße eine sehr frequentierte Straße ist, welche einen langen Verlauf hat, wenn ich nicht irre, vom Wenningerplatze bis zum Gürtel circa 3 km. Sie ist eine Hauptverbindungsader und es geht nicht an, eine derartige Straße zu unterbinden und den Verkehr zu zwingen, dass er einen namhaften Umweg macht. Aus diesem Grunde war der Stadtrath der Ansicht, auf dieses Ansuchen nicht

eingehen zu sollen und empfiehlt Ihnen, dasselbe abzuweisen. Nachdem die Frage in Erwägung zu ziehen war, ob nicht eine Verbindung doch herzustellen möglich wäre, hat man gemeint, dass man der Spitalverwaltung mittheilen könne, dass eine solche Verbindung ober- oder unterirdisch möglich sei, und es sollen dann seinerzeit die Pläne, auf welchen diese Verbindung ersichtlich gemacht ist, dem Stadtrathe und Gemeinderathe vorgelegt werden. Die beiden Anträge lauten also:

„1. Es sei in die Auflassung des Theiles der Goldschlagstraße in der Strecke zwischen der Hugl- und Holochergasse im XIV. Bezirke nicht einzuwilligen;

2. Es sei im Principe die Zustimmung der Gemeinde zur Unterfahrung oder Überbrückung der Goldschlagstraße in dem bezeichneten Theile behufs Herstellung einer Verbindung des seitens des k. k. Krankenanstaltenfonds von der Gemeinde Wien übernommenen Platzes mit dem Kaiserin Elisabeth-Spitale selbst auszusprechen, es wären jedoch seinerzeit die Pläne für eine solche Unterfahrung oder Überbrückung der Gemeinde Wien zur Genehmigung vorzulegen."

Ich ersuche um Annahme derselben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Beschluss: 1. Es sei in die Auflassung des Theiles der Goldschlagstraße in der Strecke zwischen der Hugl- und Holochergasse im XIV. Bezirke nicht einzuwilligen.

2. Es sei im Principe die Zustimmung der Gemeinde zur Unterfahrung oder Überbrückung der Goldschlagstraße in dem bezeichneten Theile behufs Herstellung einer Verbindung des seitens des k. k. Krankenanstaltenfonds von der Gemeinde Wien übernommenen Platzes mit dem Kaiserin Elisabeth-Spitale selbst auszusprechen, es wären jedoch seinerzeit die Pläne für eine solche Unterfahrung oder Überbrückung der Gemeinde Wien zur Genehmigung vorzulegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Fortsetzung der Budgetberathung. Ich bitte die Herren Referenten, an den Referententisch zu treten.

(Die Gem.-Räthe Boschan und K. M. Mayer treten an den Referententisch.)

Die Debatte steht bei Gruppe III.

13. Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Wir setzen bei Rubrik XII, Post 12, Unterabtheilung t, fort: „Bau einer Doppel-Volksschule in der Gegend linkerseits der Fasangasse im III. Bezirke". Hiefür seien 40.000 fl. einzustellen. Mit Gemeinderaths-Beschluss vom 13. December 1892 wurde für diesen Zweck der Ankauf eines Platzes im Ausmaße von 2306 m² um den Kostenbetrag von 39.492 fl. beschlossen und es wird daher beantragt, rund 40.000 fl. hiefür einzustellen.

Stadtraths-Referent Gem.-Rath Boschan: Ich habe nichts weiter zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Der Antrag ist angenommen.

Commissions-Referent: Post u, Bau einer Doppel-Volksschule nächst der Galileigasse im IX. Bezirke. Es wird die Streichung dieser Post beantragt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Angenommen.

Commissions-Referent: Post v, „Herstellung eines Turnsaales in der im Sehr'schen Stiftungshaus im X. Bezirke, Quellengasse 31 eingemieteten Volksschule" ist vom Stadtrath beantragt, 6000 fl. einzustellen, von der Budget-Commission ist die Streichung dieser Post beantragt.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich möchte mich gegen diesen Antrag der Budget-Commission aussprechen. Von Seite der Schulbehörde wird dringend die Herstellung eines Turnsaales in diesem Hause beantragt. Es existiert nun in diesem eingemieteten Schulhause eine Fabrik.

Der Mietvertrag mit dem Inhaber dieser Fabrik lauft jedoch mit Maitermin d. J. ab, und wurde demselben bereits auch rechtskräftig gekündigt. Es sollen nun, nachdem der betreffende Mann ausgezogen sein wird, diese Fabrikslocalitäten zu einem Turnsaal adaptiert werden und dann soll das ganze Gebäude als Schulgebäude adaptiert und in Benützung genommen werden. Nachdem es nun: 1. praktisch ist, dass das ganze Schulgebäude für Schulzwecke gemietet ist, 2. es nicht praktisch ist, dass in einem eingemieteten Schulgebäude sich eine Fabrik, welche mit Lärm und sonstiger Belästigung für die Schule verbunden ist, existiert, und nachdem endlich 3. der Turnsaal im X. Bezirke, wie sämmtliche Organe bestätigen, sehr dringend nothwendig ist, so beantrage ich die Einsetzung dieser 6000 fl. für diesen Zweck.

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz).

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich kann den Herrn Gem.-Rath Dr. Vogler in dieser Beziehung vollständig beruhigen. Es war durchaus nicht die Absicht der Budget-Commission, die Umwandlung dieser Fabrik in einen Turnsaal für die Dauer zu verhindern. Die Budget-Commission hat nur die Absicht, diese Maßregel für ein Jahr hinauszuschieben. Der betreffende Fabrikant hat sich in einer Eingabe an den Magistrat gewendet und er hat erklärt, dass es eine Existenzfrage für ihn ist und dass er sein industrielles Etablissement anderswohin nicht verlegen könne. Er hat in dieser Eingabe dargestellt, dass es geradezu um die Existenz seines Etablissements sich handle. Ich selbst kenne diesen Fabrikanten nicht, bin in keiner Weise persönlich informiert, sondern nur sachlich dadurch, dass ich Special-Referent für die Schulbauten in der Budget-Commission gewesen bin. Ich habe diesen Thatbestand der Budget-Commission dargelegt, und die Budget-Commission hat sich daraufhin entschlossen, für dieses Jahr diesen Betrag von 6000 fl. zu streichen. Ich kann auch den Herrn Gem.-Rath Dr. Vogler insoweit beruhigen, dass ich hinterher mit dem Bezirks-Schulinspector für den X. Bezirk gesprochen habe, der erklärt hat, dass, wenn diese Streichung nur für ein Jahr lang aufrecht zu erhalten sei und man später diesen Turnsaal errichte, kein nennenswerter Schaden vom pädagogischen Standpunkte aus geschehe. Nur müsste er sich gegen die Streichung des Betrages für die ganze Zukunft aussprechen. Mit Rücksicht darauf ist die Budget-Commission in dieser Weise vorgegangen und ich glaube, es ist nicht unrichtig, beim Beschlusse der Budget-Commission zu verharren.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Der Sachverhalt ist der: Der betreffende Inhaber hatte einen fünfjährigen Contract. Hätte der Contract nicht bestanden, so wäre schon zu der Zeit, als die Gemeinde Wien diese Schule im Sehr'schen Stiftungshause einmietete, das ganze Haus in Benützung genommen und dem Betreffenden gekündigt worden. Das war vor ungefähr zwei Jahren.

Das ist aber nicht möglich gewesen, weil dieser Vertrag bestanden hat. Nun läuft der Vertrag im Mai d. J. ab. Schon vor Jahresfrist ist dem betreffenden Fabrikanten gesagt worden, dass eine Verlängerung des Vertrages nicht stattfinde und er im Maitermine ausziehen müsse. Es ist ihm auch vorsichtsweise im Novembertermine gerichtlich gekündigt worden. Nun ist der Mann mit einer Eingabe gekommen, beruft sich auf die Zollverhältnisse u. s. w. und sagt, dass mit Rücksicht auf die Zollverhältnisse es ihm angenehm wäre, wenn er noch ein Jahr im Local bleiben könnte. Es würden sich gewisse andere Eventualitäten für das Geschäft ergeben und er könnte dann vortheilhafter übersiedeln, er finde jetzt keine passende Localität u. s. w.

Nun konnte aber dieses Ansuchen dem Stadtrathe nicht bestimmen, auf eine Verlängerung des Mietvertrages einzugehen. Dieses Ansuchen ist derart schwach begründet, dass ich staunen muss, dass dasselbe auf die geehrte Budget-Commission einen solchen Eindruck gemacht hat, dass sie darauf sofort die Post für diesen Turnsaal aus dem Budget pro 1893 gestrichen hat. Wenn man genauer hinsieht, so musste man erklären, dass so schwach begründete Privatmotive und Privatinteressen nicht maßgebend sein können bei der Beurtheilung einer öffentlichen Angelegenheit, und dass die geltend gemachten Gründe für die sofortige Errichtung dieses Turnsaales, beziehungsweise für die sofortige Verwendung der Fabriksräume und Adaptierung derselben für Schulzwecke jedenfalls schwerwiegenderer Natur sind als diejenigen, welche der betreffende Gewerbsmann von seinem Standpunkte geltend machen kann. Es liegt daher nicht der geringste Grund vor, für das Jahr 1893 diesen Turnsaal zu streichen. Wenn der sehr geehrte Herr Vorsprecher glaubt, es diene mir zur Beruhigung, wenn er sich da auf den Herrn Bezirks-Schulinspector beruft, der gesagt hat, es habe noch ein Jahr Zeit, so möchte ich bemerken, dass mir das nicht Beruhigung verschaffen kann, umsoweniger, als mir heute der Herr Magistrats-Referent das Gegentheil gesagt und mich gebeten hat, mit aller Kraft dafür einzutreten, dass dieser Turnsaal im X. Bezirke an dieser Schule geschaffen wird. Ich muss daher die Herren bitten, diese 6000 fl. zu bewilligen.

Ich mache übrigens darauf aufmerksam, dass der Stadtrath bereits im eigenen Wirkungskreise jenes Gesuch des Mieters abgewiesen hat und der Gegenstand sohin erledigt ist. Und wenn daher die Herren die 6000 fl. nicht bewilligen würden, so würde das Local drei Vierteljahre leerstehen.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich möchte mir vor allem an den Herrn Referenten der Budget-Commission die Anfrage erlauben, was in diesem Fabriks-Etablissement erzeugt wird?

Commissions-Referent: Clavierfilze.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich glaube, dass das kein Artikel ist, der einen so großartigen Schaden erleidet, wenn der Mann sein Etablissement irgendwo anderswohin verlegen muss. Wenn wir berücksichtigen, dass er wusste, dass er in einem gemieteten Local ist und dass ihm gekündigt werde, wenn er gewusst hat, dass der Vertrag abläuft und auch den Zweck kennt, warum die Gemeinde die Localitäten braucht, so glaube ich, sind jedenfalls andere Gründe für den Mann maßgebend, als die, dass er das Haus lediglich als seine Erzeugungsstätte zu erhalten sucht.

Ich glaube, dass wir ein derartiges Privatinteresse, welches offenbar vorliegt, nicht so hoch stellen dürfen, als das Interesse der Schule. Ich bin übrigens keineswegs dafür, dass in irgend einem Falle ein begründetes Privatinteresse verletzt werde. Das scheint mir aber hier nicht der Fall zu sein, und ich muss daher den Antrag des Herrn St.-R. Dr. Vogler auf das wärmste unterstützen und Sie bitten, denselben anzunehmen und die 6000 fl. einzustellen.

Gem.-Rath Geitler: Ich möchte, entgegen den Ausführungen des Herrn Collegen Dr. Vogler, feststellen, dass in der Budget-Commission der magistratische Schulreferent sich für die Einstellung der 6000 fl. nicht eingesetzt hat. Wir haben die Referenten des Magistrates bei allen Verhandlungen, die wir in der Commission gepflogen haben, beigezogen, über jede einzelne Post wurde die Meinung der Herren eingeholt und bezüglich dieser Post von 6000 fl. ist wenigstens mir nicht bekannt, dass man von irgend einer Seite für die Einsetzung derselben eingetreten wäre. Wenn der Schulreferent des Magistrates heute anderer Ansicht ist als damals, so kann das auch nicht maßgebend sein, ebensowenig wie Herrn Dr. Vogler das maßgebend zu sein scheint, was der Bezirks-Schulinspector gesagt hat. Ich möchte Sie daher bitten, den Antrag der Budget-Commission anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich fühle mich verpflichtet, auf einige Ausführungen des Gem.-Rathes Frauenberger zu erwidern, der erklärt, dass es durchaus nicht nothwendig ist, zu berücksichtigen, dass Clavierfilze in dieser Fabrik erzeugt werden. Nun, das kann vielleicht nach den Anschauungen des Collegen Frauenberger sein. Aber derjenige, der weiß, wie unsere österreichische Clavierindustrie durch die Concurrenz mit Deutschland und Amerika niedergedrückt, ja geradezu todt gemacht worden ist, der wird es begreiflich finden, wenn von Seite der Budget-Commission ein solcher Antrag gestellt wird, dass man das Ansuchen eines solchen Mannes berücksichtigen soll, und aus diesem Grunde empfehle ich Ihnen, die Anträge der Budget-Commission anzunehmen.

Gem.-Rath Frauenberger: Der Herr College Dr. Klotzberg hat mich falsch verstanden; ich glaube, dieses Zeugnis werden mir die Herren geben. Ich habe nicht gesagt, dass es kein nothwendiger Artikel ist, Gott bewahre, sondern ich habe gesagt, man kann diesen Artikel auch anderswo erzeugen. Die Frage, welche ich an den Herrn Budget-Referenten gerichtet habe, war nur deshalb so gestellt, weil ich wissen wollte, ob der Mann vielleicht dort Maschinenanlagen hat oder nicht; das ist ein gewaltiger Unterschied, mein lieber Herr Dr. Klotzberg. Wenn es nicht der Fall ist, so trifft den Mann kein besonderes Unglück; darin haben meine Ausführungen gegipfelt und ich bitte daher, den Antrag Vogler anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen.

Stadtraths-Referent: Mit Rücksicht auf die Äußerungen des Herrn Dr. Vogler und in Berücksichtigung des Umstandes, dass dem Manne ohnehin bereits gekündigt ist, daher es ohnedies nur eine Frage der Zeit ist, bitte ich, den Antrag des Stadtrathes auf Einstellung dieser 6000 fl. anzunehmen.

Commissions-Referent: Es ist bedauerlich, dass wir eigentlich hier vor einem fait accompli stehen, insoferne nämlich dem Manne schon gekündigt ist. Maßgebend für die Commission war das, was einige Herren schon gesagt haben, und da muss ich leider meinem Freunde aus dem VII. Bezirke widersprechen. Er glaubt, dass, wenn der Mann große maschinelle Anlagen hätte u. s. w. Es scheint aber ein recht kleiner Mann zu sein, dem ein solcher Umzug verhältnismäßig weit mehr Schaden bringen wird, als einem großen

Manne, der mittlerweile ein anderes Etablissement errichtet, und der Umstand, dass der Mann in einer Eingabe, die uns vorgelesen worden ist, erklärt hat, wenn er noch ein Jahr hier bleibt, wird er sich helfen, er wird ein passendes Local suchen, er wird in seinem Fabricieren nicht gestört und in seinem Erwerbe nicht geschädigt werden, war für uns maßgebend. Für die Budget-Commission war aber noch etwas anderes maßgebend. Wo soll dieser Turnsaal errichtet werden? — es handelt sich nicht um eine Schule, sondern um einen Turnsaal. Im X. Bezirke! Nun, die Jugend bewegt sich dort soviel im Freien, dass sie wohl noch ein Jahr auf den Turnsaal Verzicht leisten kann. (Rufe: Hört! — Heiterkeit.) Das waren alles Gründe, die wir wohl erwogen haben. Ich glaube aber, es läßt sich nicht mehr viel machen, weil dem Manne gekündigt worden ist. Trotzdem muss ich den Antrag, den ich gestellt habe, aufrecht erhalten. (Gem.-Rath Frauenberger ruft: Das war ein schlechtes Argument!)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wir schreiten zur Abstimmung. Bei Post Nr. 12 v beantragt der Stadtrath zur Herstellung eines Turnsaales in der im Sehr'schen Stiftungshause, X. Bezirk, Quellengasse Nr. 31, eingemieteten Volksschule die Einstellung eines Betrages von 6000 fl. Die Budget-Commission beantragt die Streichung dieses Betrages.

Ich bringe den positiven Antrag zur Abstimmung. Die Herren, welche mit der Einstellung eines Betrages von 6000 fl. einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität; angenommen.

Commissions-Referent: Bei Post Nr. 12 w, „Erweiterung des Schulgebäudes in Hetzendorf, XII. Bezirk", wird gegenüber dem Stadtrathe, der auf das Pauschale verweist, die Einstellung eines Betrages von 35.000 fl. seitens der Budget-Commission beantragt. Wenn Sie die Verhältnisse im XII. Bezirke betrachten — und ich habe hier den Ausweis über die freien Plätze zur Hand —, so werden Sie finden, dass heute in sämmtlichen Volksschulen des XII. Bezirkes nur mehr für Knaben ein Belegraum von 187 Plätzen vorhanden ist, während bei Mädchen schon ein Minus von 175 Plätzen vorhanden ist. Es ist also dringend nothwendig, dass dort ernstlich an die Erwerbung von Schulbauplätzen geschritten wird, respective hier an die Aufführung eines neuen Stockwerkes auf dem bestehenden Schulgebäude. Ich bitte Sie daher, in Anbetracht der dringlichen Nothwendigkeit, der Einstellung dieses Betrages zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich. Es ist nicht der Fall. Ich ersuche daher diejenigen Herren, welche bei Post w mit der Einstellung eines Betrages von 35.000 fl. einerstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Commissions-Referent: Bei Post x, „Bau einer Doppel-Bürgerschule in Gaudenzdorf-Neumargarethen", wird die Einstellung eines Betrages von 50.000 fl. beantragt. Es ist dies die erste Baurate, und soll die Schule auf communalem Grunde errichtet werden, und zwar in der Schönbrunnerstraße 39/41. Die Verhältnisse bezüglich der Bürgerschulen sind nicht viel besser als die der Volksschulen. Es ist heute nur Raum für 41 Knaben; es ist also dringend nothwendig, dass in diesem Bezirke, der sich rasch verbreitert, und wo so viel gebaut wird, Vorsorge für den Bau einer solchen Schule zu rechter Zeit getroffen werde. Ich bitte daher, den Betrag einzustellen.

Gem.-Rath Dr. Stern: Ich möchte nur auf einen Umstand aufmerksam machen. Es handelt sich nämlich bei dieser Post sowie auch bei anderen Posten eigentlich darum, dass, nachdem der Magistrat diese Post ursprünglich eingestellt hatte, an Stelle dieser magistratischen Einstellung dann der Stadtrath die Einstellung eines Pauschalbetrages von 300.000 fl. beschloss. Die Budget-Commission hat nun die ursprüngliche magistratische Einstellung wiederhergestellt und hat bei der früheren Post 35.000 fl. und bei dieser Post 50.000 fl. beantragt, bei den folgenden Posten ähnliche Beträge, welche der magistratischen Einstellung vollkommen congruent sind, wodurch die Pauschaleinstellung des Stadtrathes per 300.000 fl. eliminiert werden soll. In diesem Sinne glaube ich den Antrag des Herrn Referenten der Budget-Commission ergänzen zu sollen und stimme diesem Antrage zu.

Commissions-Referent: Ich kann nur bemerken, dass ich das, was der Herr Gem.-Rath Dr. Stern angeführt hat, schon in der letzten Sitzung kurz dargelegt habe.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich ersuche jene Herren, welche bei der Post x mit der Einstellung von 50.000 fl. einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Commissions-Referent: Post y, „Bau einer Doppel-Volksschule nächst dem Cardinal Rauscherplatze in Rudolfsheim im XIV. Bezirke". Hier wird die Einstellung eines Betrages von 23.000 fl. beantragt. Der Gemeinderath hat nämlich am 30. December 1892 die Erwerbung eines Bauplatzes von 1913 m² beschlossen, was eine Kostensumme von 22.432 fl. erfordert; zur Abrundung wird Ihnen beantragt, den Betrag von 23.000 fl. einzustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung. Die Post ist genehmigt.

Commissions-Referent: Post z, „Herstellung eines neuen Turnsaales in der Doppel-Volksschule in der Victoriagasse, XV. Bezirk". Hier beantragen Magistrat, Stadtrath und Budget-Commission übereinstimmend den Betrag von 2000 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung. Die Post ist angenommen.

Commissions-Referent: Post aa, „Bau einer Doppel-Volksschule nächst dem Siegfriedplatze in Ottakring, XVI. Bezirk". Einzustellen wäre ein Betrag von 30.000 fl. Die Verhältnisse im XVI. Bezirk sind die denkbar ungünstigsten und aus dem Nachweise, den ich wiederholt citiert habe, geht hervor, dass an den Volksschulen ein Platzmangel für 937 Knaben und 779 Mädchen besteht. Dies erklärt, dass für den XVI. Bezirk die Erbauung einer Reihe von neuen Schulen in Antrag gebracht wird. Ich glaube daher, die Herren werden in Anbetracht dieser Verhältnisse den zur Einstellung beantragten Ziffern zustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Eine Einwendung gegen die Post wird nicht erhoben, sie ist angenommen.

Commissions-Referent: Post bb, „Bau einer Doppel-Volksschule nächst dem Habsburgerplatze in Ottakring, XVI. Bezirk". Hier wird beantragt die Einstellung des Betrages von 70.000 fl. und zwar 20.000 fl. für die Bauplatzerwerbung und 50.000 fl. als erste Baukostenrate. Ich weise da auf die Verhältnisse hin, die ich schon angeführt habe; es soll dies ein Ersatz für jene Localitäten im Abele-Hause sein, welche früher zu Schulzwecken verwendet wurden, jetzt aber für das magistratische Bezirksamt erforderlich sind.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung; der Antrag ist angenommen.

Commissions-Referent: Post cc, „Erbauung eines zweiten Turnsaales im Schulgebäude am Petersplatze in Hernals". Hier wird Ihnen beantragt, 7000 fl. einzustellen.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich möchte mir die Frage erlauben, warum diese Post so groß ist, und in welcher Weise dieser Turnsaal gedacht ist, nachdem 7000 fl. gefordert sind.

Commissions-Referent: Das ist auch für die innere Einrichtung, also fix und fertig; bei allen Turnsälen ist schon alles sammt der Einrichtung berechnet.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Commissions-Referent: Post dd, „Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulgebäude in Weinhaus". Hier wird die Einstellung eines Betrages von 25.000 fl. beantragt. Die Budget-Commission hat nach eingeholter Information geglaubt, dass dieser Betrag genügen wird, nachdem durch die Aufsetzung eines Stockwerkes nur sechs Lehrzimmer gewonnen werden. Ihre Meinung war daher, dass 40.000 fl. ein viel zu hoher Betrag für diesen Zweck wäre. Die anwesenden Herren vom Magistrate haben dieser Anschauung zugestimmt.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Commissions-Referent: Post ee, „Erbauung eines zweiten Turnsaales in Nr. 19 Schulgasse in Währing". Hier wird die Einstellung eines Betrages von 8000 fl. beantragt.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich möchte mir an den Herrn Referenten die Anfrage erlauben, ob hier statt des Betrages von 10.000 fl. ein solcher von 8000 fl. eingestellt wird, und ob ebenso bei Punkt bb, „Bau einer Doppel-Volksschule im XVI. Bezirke", statt 100.000 fl. von der Budget-Commission 70.000 fl. beantragt wurden.

Commissions-Referent: Ja wohl, hier sind statt 10.000 fl. nur 8000 fl. beantragt, weil man mit diesem Betrage das Auslangen zu finden glaubte.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Commissions-Referent: Post ff. Hier wird für den Bau einer Doppel-Bürgerschule in Heiligenstadt der Betrag von 70.000 fl. zur Einstellung beantragt. Dieser Anschauung hat sich die Budget-Commission nicht anschließen können und beantragt, es möge der Bau einer Doppel-Bürgerschule im XIX. Bezirke beschlossen werden, wozu erst ein passender Platz ausgemittelt werden soll. Es wird in Aussicht genommen, einen solchen Platz in der Nähe von Nussdorf zu wählen, wo ein größeres Centrum und eine größere Nähe von Döbling erreicht wird. Für die Erwerbung des Platzes sollen 25.000 fl. eingestellt werden. Die Nothwendigkeit des Schulbaues ist vorhanden, weil heute nunmehr Raum für 70 Knaben und 40 Mädchen vorhanden ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Commissions-Referent: Post gg, „Bau eines Turnsaales in Ober-St. Veit." Hier ist in Übereinstimmung mit dem Stadtraths-Antrage ein Betrag von 8000 fl. eingestellt.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Commissions-Referent: Post hh, „Zubau zur Werkmeisterschule im X. Bezirke". Hier wird in Übereinstimmung mit dem Stadtrathe die Einstellung eines Betrages von 54.000 fl. beantragt, der auf dem Gemeinderaths-Beschlusse basiert.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Commissions-Referent: Post ii, „Erwerbung eines Schulbauplatzes für Kaiser-Ebersdorf". Hier wird ein Betrag von 5000 fl. zur Einstellung beantragt. Es wurden uns die Schulverhältnisse von Kaiser-Ebersdorf als geradezu desperate geschildert. Die Schule befindet sich dort heute in einem Locale, das wirklich nicht entsprechend ist; ich will dies nicht weiter ausführen. Es ist also dringlich, für eine Schule Umschau zu halten und vorläufig einen Bauplatz zu erwerben. Wir haben nach den Aufklärungen, die uns von Seite des Magistrates gegeben wurden, gedacht, dass ein Betrag von 25.000 fl. hiezu genügen werde.

Gem.-Rath Seidler: Meine sehr verehrten Herren! Ich habe mit Bedauern wahrgenommen, dass die Gemeinde Kaiser-Ebersdorf in dem Voranschlage der Stadt Wien von Seite des Magistrates hinsichtlich der beantragten Schulbauten, beziehungsweise der Schulhausbauplätze keine Berücksichtigung fand, trotzdem der löbliche Bezirksschulrath über die diesbezügliche Eingabe des Ortsschulrathes vom Jahre 1892, in welcher auf das dringende Bedürfnis der Erbauung einer neuen Schule hingewiesen wurde, dieses Bedürfnis nicht nur anerkannt, sondern auch bei Feststellung des Budgets für das Jahr 1893 von Seite des Magistrates die Einstellung eines Betrages von 95.000 fl. zu diesem Zwecke dem Gemeinderathe zur eingehenden Würdigung empfohlen wurde.

Nun hätte ich geglaubt, dass der Stadtrath in seinen Abänderungs-Anträgen zum Hauptvoranschlage für dieses Jahr auch die Gemeinde Kaiser-Ebersdorf billigerweise berücksichtigen werde, allein es ist dies nicht geschehen. Nachdem aber die westlichen Bezirke in dieser Hinsicht in ausgiebigster Weise bedacht wurden — ich nenne nur z. B. Hetzendorf, Gaudenzdorf, Neumargarethen, Rudolfsheim, Ottakring, Heiligenstadt, und wie ich heute vom Herrn Budget-Referenten gehört habe, sind noch andere Bezirke gut bedacht — so ist es wohl begreiflich, dass Kaiser-Ebersdorf sich in seinem Rechte beeinträchtigt fühlen muss. Ich will ja nicht leugnen, dass auch im XI. Bezirke, zu welchem Kaiser-Ebersdorf gehört, manches gemacht wird, z. B. bezüglich der Pflasterung, Beleuchtung, insbesondere der Trinkwasser-Versorgung, welch letzteres allerdings dem Umstande zu verdanken ist, dass die Hochquellenleitung bereits am Central-Friedhof eingeführt war. Allein diese Auslagen sind nur für Simmering, nicht aber auch der Gemeinde Kaiser-Ebersdorf zugute gekommen.

Ich habe mich daher als Vertreter des XI. Bezirkes und insbesondere als Obmann des Ortsschulrathes an die geehrte Budget-Commission mit einer schriftlichen Eingabe gewendet mit der Bitte, die gerechtfertigten Wünsche der Gemeinde Kaiser-Ebersdorf bezüglich der Erbauung eines neuen Schulhauses zu berücksichtigen und den Antrag des Bezirksschulrathes anzunehmen, dass die 35.000 fl. für diesen Schulbau in das Budget pro 1893 eingestellt werden.

Es liegt auch ein Exposé des Oberlehrers von Kaiser-Ebersdorf vor und wenn die Herren wünschen, werde ich Ihnen einige Daten daraus vorführen, welche die Dringlichkeit eines neuen Schulbaues in Kaiser-Ebersdorf begründen. Ich mache zunächst nur auf einen Passus aufmerksam, wonach die Schule in Kaiser-

Ebersdorf in drei verschiedenen Gebäuden provisorisch untergebracht ist, von welchen keines für Schulzwecke geeignet ist und welche eine Viertelstunde von einander entfernt sind. (Rufe: Hört!) Es sind auch noch andere Übelstände, ich möchte Sie aber nicht damit ermüden.

Nachdem ich nun vom Herrn Budget-Referenten erfahren habe, dass meiner Bitte aus finanziellen Gründen nicht entsprochen werden könne, habe ich mich für verpflichtet gehalten, den letzten Schritt zu wagen und meine Bitte an das Plenum zu richten, indem ich hoffe, dass es derselben willfahren wird. Ich möchte Sie auch auf noch etwas aufmerksam machen. Die Gemeinde Kaiser-Ebersdorf ist nicht mit leeren Händen zur Gemeinde Wien gekommen, sondern sie hat 25.000 fl. theils in Barem, theils in Wertpapieren mitgebracht und außerdem über 100 Joch Grund, die auch wertvoll sind; ich glaube daher, dass sie auch Anspruch auf volle Berücksichtigung seitens der Gemeinde Wien hat und stelle deshalb den Antrag: der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, die vom löblichen Bezirksschulrathe der Stadt Wien beantragte Summe von 35.000 fl. zum Zwecke eines neuen Schulbaues in der ehemaligen Gemeinde Kaiser-Ebersdorf zu bewilligen und diese Summe ins Budget pro 1893 einzustellen. Ich bitte um die Annahme dieses Antrages. (Beifall.)

Stadtraths-Referent: Ich möchte den Herren nur in Erinnerung bringen, dass der Stadtrath ursprünglich für eine größere Anzahl von Schulen, von welchen es nicht ganz sicher war, ob sie zur Erbauung gelangen oder nicht, einen Pauschalbetrag von 300.000 fl. einzustellen beantragt hat; die Budget-Commission hat jedoch dem entgegen vorgezogen, dem Gemeinderathe zu beantragen, die einzelnen Schulen zu benennen und die einzelnen Beträge dem Gemeinderathe zu beantragen. Dieser Entscheidung ist auch von Seite des Gemeinderathes zugestimmt worden. Nachdem nun die Beträge, welche von Seite der Budget-Commission an Stelle jener 300.000 fl. gesetzt worden sind, diesen Betrag nicht ganz ausfüllen, bleibt uns eine Kleinigkeit von diesem Betrage übrig. Ich kann daher dem Antrage des Herrn Vorredners zustimmen, meine jedoch, dass es nicht nothwendig ist, die ganzen 35.000 fl. einzustellen, weil dieselben ja in diesem Jahre ohnehin nicht ganz gebraucht werden, nachdem der Schulbau in einem Jahre nicht vollendet, zum mindesten aber nicht der ganze Betrag zur Auszahlung gelangen wird. Ich würde mir daher den Antrag zu stellen erlauben, außer den 5000 fl., welche zur Erwerbung des Grundes in Kaiser-Ebersdorf eingestellt sind, einen weiteren Betrag von 20.000 fl. als erste Baurate für diesen Bau einzustellen und bitte, diesem Antrage zuzustimmen, womit der geehrte Herr Vorredner wohl auch zufrieden sein wird.

Gem.-Rath Seidler: Ich erkläre mich damit einverstanden.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. — Die Debatte ist geschlossen. — Wir schreiten zur Abstimmung.

Entgegen dem Antrage der Budget-Commission beantragt Herr Gem.-Rath Seidler in Übereinstimmung mit dem Herrn Referenten des Stadtrathes, es möge für die Erbauung einer Schule in Kaiser-Ebersdorf ein Betrag von 25.000 fl. eingestellt werden. Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Angenommen.

Gem.-Rath Seidler: Mein Antrag lautet auf 35.000 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Sie haben ja im Einvernehmen mit dem Herrn Referenten die Ziffer auf 25.000 fl. reduciert.

(Gem.-Rath Seidler erklärt sich damit einverstanden.)

Commissions-Referent (liest): kk, „Bau der Doppel-Volks- und Bürgerschule im XII. Bezirke, Radetzkygasse 17 und 19, für den Bau eines Turnsaales, weiters für Reconstruction der Heizanlagen . . . . . 4300 fl."

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall. Gegen den Antrag ist keine Einwendung. Angenommen.

Commissions-Referent (liest): ll, „Für Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf das Schulgegäude im XVI. Bezirke, Seitenberggasse 10 . . . . . 30.000 fl."

Es liegt zur Beschlussfassung über diesen Betrag schon ein Stadtraths-Beschluss vor vom 16. December 1892, und ich glaube, es läuft auch der Act schon beim Gemeinderathe. Wie ich bereits erklärt habe und wie die Verhältnisse im XVI. Bezirke liegen, wo heute schon ein Mangel von 2000 Plätzen besteht, ist es dringend nothwendig, diesen Betrag in das Budget einzustellen; ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall, diese Post ist angenommen.

Stadtraths-Referent: Wir sind nun mit den Schulbauten fertig und schreiten in der Berathung fort. Ich bitte, Seite 83 aufzuschlagen (liest):

„Post 13. Bau eines neuen Amtshauses in Ober-Döbling (Or.-Nr. 10 und 12 Theresiengasse) . . . . . 119.000 fl."

Diesfalls liegt schon ein Gemeinderaths-Beschluss vor.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall, diese Post ist genehmigt.

Stadtraths-Referent (liest): „Post 14. Adaptierung des städtischen Hauses in Simmering, Dorfgasse 64 und Erbauung eines stockhohen Hoftractes daselbst, behufs Unterbringung des k. k. Bezirksgerichtes Simmering . . . . . 3300 fl.

Weiters Post 15 Aufsetzung eines Stockwerkes auf den Hoftract des Gemeindehauses im II. Bezirke, Or.-Nr. 10 Kleine Sperlgasse . . . . . 3800 fl.

Seite 85, Post 16, Adaptierung und Einrichtung von Localitäten in den städtischen Häusern im VI. Bezirke, Amerlinggasse Nr. 11 . . . . . 15.000 fl.

dazu kommt noch ein Betrag infolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 1. Februar 1893 per . . . . . 5670 fl.

also rund . . . . . 22.000 fl."

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Auf welche Ziffer lautet diese Post?

Stadtraths-Referent: Auf 22.000 fl. rund.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Gegen die Posten 14, 15 und 16 ist keine Einwendung erhoben worden. Dieselben sind angenommen.

Stadtraths-Referent (liest): „Post 17, Errichtung städtischer Gaswerke (Preise für Projecte) . . . . . 16.000 fl."

zufolge Gemeinderaths-Beschlusses.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Stadtraths-Referent: Nun kommen wir zu dem beweglichen Vermögen, Seite 86 (liest): „Interessen von Staatsschuldpapieren . . . . . 72.040 fl.
Interessen von Kronländer- und Communalschuldpapieren 28.320 fl." u. s. w., wie die Posten hier eingesetzt sind, Plus eines Betrages von 46.880 fl. als Verzinsung für die Fructificierung verfügbarer Cassabestände, welche mit Rücksicht auf das von der Gemeinde aufzunehmende Anlehen, von welchem man annimmt, dass es nicht sofort, nachdem es eingezahlt ist, seinem Zwecke zugeführt wird, als Zinsen diese Posten abwerfen dürften. Die Gesammtpost ist 108.880 fl.

Commissions-Referent: Zu Rubrik XIII, Post 7, habe ich nur einen principiellen Antrag im Namen der Budget-Commission zu stellen, der dahin geht (liest):

„Der Bürgermeister wird ersucht, die Geschäftsordnung und die Rechnungs-Abschlüsse der Pfandleihanstalt im XIV. Bezirke dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen."

Nachdem wir darein gar keinen Einblick haben, hat die Budget-Commission gedacht, es wäre wünschenswert, dass der Gemeinderath wisse, wie dort gebart, auf Grund welcher Grundsätze und Principien dort gearbeitet wird. Diesem Gedankengange ist der Antrag entsprungen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Gegen die Einnahms-Rubrik XIII ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Ich erkläre dieselbe für angenommen.

Wünscht jemand zu dem Antrage der Budget-Commission das Wort? (Niemand meldet sich.) Dies ist nicht der Fall. — Angenommen.

Stadtraths-Referent: Wir kommen auf Seite 90 bei den Einnahmen zu den „Nutzbaren Rechten": Ertrag der Schankgerechtigkeiten . . . . . 5.820 fl.

Bei den Ausgaben sind bei den „Nutzbaren Rechten" verschiedene kleine Posten im Gesammtbetrage von 19.610 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Stadtraths-Referent: Seite 92. Einnahmen:

Urbarsteuervergütungen und Recognitionsgebüren . 30 fl.
Jagdpacht . . . . . 2.820 „
Ertrag öffentlicher Wagen . . . . . 6.150 „

Seite 93. Ausgaben:

Durchgeführter Wert des seinerzeit durch Capitalserlag aus der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung erworbenen Wasserquantums 82.020 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Stadtraths-Referent: Damit ist die Gruppe III erledigt, wir kommen nun, dem Beschlusse des Gemeinderathes entsprechend, zur Gruppe VI „Öffentliche Arbeiten".

Seite 128. Einnahmen. (Liest):

Straßenwesen.

Beitrag des k. k. Ärars zur Erhaltung der in das Eigenthum der Gemeinde Wien übergebenen, vormals ärarischen Straßen und der Brücken über den Donaucanal . . . . . 182.000 fl.

Beitrag des niederösterreichischen Landesfonds zur Straßenerhaltung auf Grund des Landesgesetzes vom 18. März 1866 (L.-G.-Bl. Nr. 6) . . . . . 75.000 fl.

Beitrag des niederösterreichischen Landesfonds zur Erhaltung der innerhalb des erweiterten Gemeindegebietes liegenden Landesstraßen auf Grund des Landesgesetzes vom 15. Februar 1892 (L.-G.-Bl. Nr. 13) . . . . . 65.000 fl.

Beiträge der Lohnkutscher zu den Straßensäuberungskosten (Platzreinigungsgebüren) . . . . . 4.240 fl.

Anderweitige Beiträge zur Erhaltung, Säuberung und Bespritzung der Straßen, und zwar:

Beiträge von den Tramway-Gesellschaften . . . 14.330 fl.
Sonstige Beiträge . . . . . 3.380 „

Platzgelder für Hütten, Tischausstellungen und für sonstige Benützung öffentlicher Plätze und Straßen:

Platzgelder von Tramway-Gesellschaften . . . 12.410 fl.
Übrige Platzgelder . . . . . 82.360 „
Platzgelder für Materiallagerplätze bei Häuserbauten 6.300 „
Abgabe der Wiener Tramway-Gesellschaft . . . 160.000 „
Abgabe der Elektricitäts-Gesellschaften . . . . . 30.000 „
Erlös für in die Verbauung einbezogene Straßengründe . . . . . 29.130 „
Verkauf zur Straßenverbreiterung erworbener Realitäten . . . . . 26.330 „

Gebüren aus der Verbauung von auf der Schmelz gelegenen Gründen auf Grund des mit Allerhöchster Entschließung vom 10. April 1874 genehmigten Beschlusses des niederösterreichischen Landtages vom 16. Jänner 1874 (L.-G.-Bl. Nr. 19) . 3.620 fl.

Verschiedene Einnahmen und Rückvergütungen . . 4.720 „

Gem.-Rath Winker: Meine Herren! Nachdem ich in der General-Debatte nicht mehr zum Worte gekommen bin, so erlaube ich mir, meinen Antrag bei Titel „Öffentliche Arbeiten" einzubringen.

Ich bin nämlich einer derjenigen, die der finanziellen Entwicklung Wiens und der Commune mit voller Beruhigung entgegensehen. Ich glaube, dass unsere Finanzen sich in einem Zustande befinden, mit dem wir alle zufrieden sein können. Ich anerkenne es auch gerne, dass es unseren Finanz-Referenten bis jetzt gelungen ist, alle Anforderungen, welche an die Commune gestellt wurden, aus den laufenden Einnahmen zu bestreiten, wenn auch mit Zuhilfenahme der Cassabestände und des Reservefonds. Ich anerkenne es auch, dass jetzt eine Wasseranleihe vorgeschlagen wird, und dass dieser so ziemlich aufgebrauchte Reservefond wiederum hergestellt wird. Aber ich bin kein Freund von halben Maßregeln, und ich kann es nicht billigen, dass die Anlehen nur stückweise aufgenommen werden; ich kann es nicht gutheißen, dass wir heute z. B. ein Anlehen von 15 oder 17 Millionen — ich weiß nicht, wie viel vorgeschlagen ist — aufnehmen, im nächsten Jahre wiederum den Bedarf in kleinen Posten decken, sondern ich glaube, eine Verwaltung wie die Commune Wien soll sich bewusst sein darüber, was sie in den nächsten Jahren zu leisten hat, und um dieses nun zu erfahren, ist es nothwendig, dass ein Programm aufgestellt und dass nach diesem Programme vorgegangen wird, um auf Grundlage desselben die Bedeckung zu finden. Ob Sie dieses Programm Arbeitsprogramm oder Finanzprogramm nennen wollen, das ist mir ziemlich gleichgiltig.

Ich wünsche aber, dass die Ämter beauftragt werden, eine Zusammenstellung aller jener Arbeiten zu verfertigen, natürlich nebst dem Kostenvoranschlage, welche in den nächsten acht oder zehn Jahren unter allen Umständen durchgeführt werden müssen. Wenn wir nun dann die Summe der Kosten kennen, welche diese Arbeiten verursachen, dann können wir auf Grundlage dieser

Summe für die Deckung sorgen. Dass das natürlich nur im Wege eines Anlehens geschehen kann, ist selbstverständlich.

Dieses außerordentliche Arbeitsprogramm besteht aus den Verkehrsanlagen, aus der Wienfluss-Regulierung, aus der Wasserleitung. Nachdem, meine Herren, die Tiefquellenleitung zu Wasser geworden ist, so wird nichts anderes übrig bleiben, als in irgend einer Weise für eine Wasserleitung Vorsorge zu treffen. Dass etwas geschehen muss, ist ja klar. Dann kommt die Übernahme der Gaswerke, dann der Bau der Schlachthäuser und überhaupt aller jener Gebäude, welche für Zwecke der Approvisionierung nothwendig sind. Dann kommen die außerordentlichen — ich betone das — Schulbauten, die außerordentliche Canalisierung, und endlich wäre noch für die außerordentlichen Pflasterungen, wenn Sie wünschen, für die Auspflasterung von Wien, Vorsorge zu treffen.

Diese Arbeiten, meine Herren, werden ein ganz hübsches Sümmchen repräsentieren, und ich glaube, es wird das so ziemlich nahe an jene Summe streifen, welche der College Frauenberger unlängst genannt hat (Gem.-Rath Frauenberger: Hört!), und die dem Herrn Budget-Referenten so heillose Angst gemacht hat, so dass er schon ausgerechnet hat, dass wir eine Zinskreuzer-Erhöhung von 5 kr. (Commissions-Referent: 5¼ kr.!) brauchen werden, wenn das beliebt wird.

Nun, meine Herren, ich bin einer anderen Meinung. Ich glaube, dass selbst, wenn dieses Anlehen in einer solchen Höhe aufgenommen wird, und es wird aufgenommen werden müssen, denn die Arbeiten, die ich Ihnen genannt habe, werden in den nächsten zehn Jahren geschehen müssen, ob sich der Gemeinderath dagegen sträubt oder nicht; wir können einzelne Arbeiten vielleicht etwas hinausschieben, aber geschehen müssen sie, das ist zweifellos, dass wir ohne Erhöhung der Zinskreuzer trotz des Anlehens durchkommen werden, und ich erkläre von vorneherein, dass auf eine Erhöhung der Zinskreuzer unter den gegebenen Umständen überhaupt nicht zu denken ist. Das Kunststück, meine Herren, ist nicht gar so großartig. Der größte Theil der Arbeit, wie z. B. die Verkehrsanlagen, die Wasserversorgung, die Errichtung der städtischen Gasanstalt und die Approvisionierung sind productive Anlagen, welche sich mit der Zeit aus sich selbst verzinsen, und das Gas speciell muss schon in der ersten Zeit soviel Gewinn abwerfen, dass es den Ausfall bei den anderen Unternehmungen wenigstens theilweise deckt. Dann kommen die Bauten, also das, was für Canalisierung, für Schulbauten, für Pflasterung und ähnliches übrig bleibt, und da wird ein Anlehen nur aufgenommen, nicht um das Budget in Unordnung zu bringen, sondern im Gegentheil, um es zu kräftigen.

Diese Pflasterungsarbeiten, Canalisierung und außerordentlichen Schulbauten sind Posten, die, wenn sie nicht rechtzeitig aus der Welt geschafft werden, das solideste Budget in Unordnung bringen können. Es gibt auch keinen anderen Ausweg, als ein Anlehen aufzunehmen, um zu trachten, diese Sachen aus der Welt zu schaffen.

Gestatten Sie mir, bezüglich des Pflasters etwas zu erwähnen, denn das, was da vom Pflaster gilt, gilt ja auch von allen anderen Sachen. Wir bewilligen ein Pflasterbudget von 1,400.000 fl. — gewiss eine schöne Summe — und es ist niemand damit zufrieden.

Nehmen wir z. B. ein Anlehen auf, hochgegriffen mit einer Summe von 16 Millionen, so kann gewiss den weitgehendsten Ansprüchen aller 19 Bezirke entsprochen werden. Wenn wir nun eine Verzinsung von vier Percent und ein Percent Amortisation rechnen, haben Sie, wenn diese Pflasterungsanleihe verpflastert ist, für Zinsen und Amortisation zu sorgen. Das sind 800.000 fl. und dann haben Sie nur mehr für die Erhaltung der bereits gepflasterten Straßen zu sorgen, und nachdem diese billiger kommt als die Erhaltung der ungepflasterten Straßen, wird das Budget nicht belastet werden, ich will nicht sagen, dass es entlastet wird. In der Zwischenzeit hingegen, so lange die Anleihegelder zur Verwendung stehen, muss das Budget entlastet werden und muss sich der Reservefond auf eine ganz bedeutende Weise kräftigen. Wenn wir z. B. in einem Jahre drei Millionen verpflastern — mehr ist ja nicht möglich, weil wir das Material nicht auftreiben können, so kosten uns diese drei Millionen an Zinsen und Amortisation 150.000 fl.; dann haben wir nur die Sorge für die ungepflasterten Straßen, die wir so auch haben. Es muss sich in der Zeit, bis die Anleihegelder verwendet werden, das Budget bedeutend kräftigen und der Reservefond zu einer bedeutenden Höhe anwachsen. Aus dem Gesagten geht hervor, dass wir für die Zinsen nicht sorgen dürfen, wenn der Gemeinderath es versteht, haushälterisch mit den Anleihegeldern umzugehen. Vorausgesetzt muss werden, dass der löbliche Gemeinderath und die einzelnen Mitglieder desselben sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegen und nicht Anträge stellen, die der Commune viel Geld kosten, und die vielleicht nicht gestellt werden würden, wenn die Cassen leer wären. Das muss also vorausgesetzt werden. Wenn es aber der löbliche Gemeinderath über sich bringt, haushälterisch umzugehen, dann wird uns die Aufbringung der Zinsen keine Sorgen machen.

Ich möchte die Commune mit einem großen Unternehmen vergleichen, und es ist schließlich die Vereinigung mit den Vororten und die Erhebung Wiens zu einer wirklichen Großstadt nichts anderes als ein großes Unternehmen. Ein solches großes Unternehmen ist noch nie daran zugrunde gegangen, wenn es sich zur richtigen Zeit das fremde Capital dienstbar gemacht hat. Das was für ein großes Unternehmen gilt, das gilt in diesem Falle auch für Wien. Ich glaube also, dass es ganz gut ist, wenn ein solches Programm zusammengestellt wird, damit wir auf Grundlage desselben einen Überblick bekommen und für die Bedeckung sorgen können.

Ich erlaube mir, folgenden Antrag zu stellen:

Es sei an die betreffenden Ämter eine Zusammenstellung aller jener außerordentlichen Arbeiten, welche in den nächsten Jahren gemacht werden müssen, nebst dem Kostenvoranschlag dem Gemeinderathe mit thunlichster Beschleunigung vorzulegen, damit derselbe in die Lage versetzt werde, für die nothwendige Bedeckung Vorsorge treffen zu können; auch sei bei dieser Zusammenstellung auf die Auspflasterung Wiens besonders Rücksicht zu nehmen.

Ich empfehle diesen Antrag sowohl dem geehrten Finanz-Referenten als Ihnen zur Annahme. Derselbe präjudiciert nach keiner Richtung, hat aber den Vortheil, dass der Gemeinderath in die Lage versetzt werde, zu wissen, wofür er in den nächsten acht oder zehn Jahren aufzukommen und welche Bedürfnisse er zu befriedigen hat. Ich empfehle Ihnen daher diesen Antrag. (Beifall.)

Stadtraths-Referent: Sofern dieser Antrag nichts weiter bezweckt, als die Informierung des Gemeinderathes, gewissermaßen die Aufstellung eines Finanzprogramms für die nächsten zehn Jahre, habe ich gegen denselben nichts einzuwenden, obwohl ich die Befürchtung hege, dass bei den verhältnismäßig noch ungeklärten Verhältnissen und bei der Schwierigkeit, ein solches Programm aufzustellen, man dahin kommen wird, dass man „Programm"

in „Luftschloss" übersetzen könnte. Denn, wenn wir ein Programm machen, welches alles das enthält, was wir in den nächsten zehn Jahren möglicherweise machen können, so kommen wir offenbar zur Annahmen, die wir heute nicht begründen können. Ganz entschieden aber möchte ich mich vom Standpunkte der Finanzen der Stadt dagegen wenden, dass wir gleich jetzt soweit ausgreifen und so große Unternehmungen heute schon fest auf die Tagesordnung stellen, weil wir dann vielleicht auch eine gewisse Beunruhigung unter die Bevölkerung bringen würden, wenn sie von Ziffern von 80 oder 100 Millionen Gulden hört, die ja nicht begründet sind.

Wir sind vor eine Reihe von Unternehmungen gestellt, welche zweifellos werden durchgeführt werden. Ich werde denselben etwas folgen. Was die Verkehrsanlagen betrifft, so sind dieselben unserer Wirksamkeit gewissermaßen entrückt, weil die Gemeinde Wien dem Programm der Verkehrscommission beigetreten ist; das Anlehen wird von der Commission aufgenommen und geht uns also weiter nichts an. Wir haben nur für die Verzinsung und Amortisierung zu sorgen.

Der Antheil der Commune Wien an den Verkehrsunternehmungen macht beiläufig einen Betrag von 20 Millionen Gulden aus, die Zinsen beanspruchen also ungefähr 800.000 fl. Damit sind auch die Canalisierung der Leopoldstadt, der große Sammelcanal, die Regulierung der Wien und verschiedene andere Anlagen getroffen.

Was eine weitere Unternehmung betrifft, nämlich die Übernahme der Gaswerke — nun, meine Herren, wenn es dazukommt, die Gaswerke zu übernehmen, so ist es ein Unternehmen von solcher Tragweite, ein solch kolossales Werk, dass wir dazu unter allen Umständen ein eigenes Finanzprogramm entwerfen müssen. Wir werden wahrscheinlich für diesen Zweck ein größeres Anlehen ad hoc aufnehmen müssen, welches nicht bloß seine volle Verzinsung, sondern hoffentlich auch für die Gemeinde noch Nutzen abwerfen wird. Dem Stadtrathe den Auftrag zu geben, auch dieses Unternehmen in ein solches Programm einzustellen, während wir noch gar nicht wissen, ob die Gaswerke 10, 20, 30 Millionen kosten werden, mit solchen, ganz ungewissen Ziffern zu rechnen, das scheint mir nicht gerechtfertigt.

Was die weiteren Arbeiten anbelangt, Schlachthäuser, Schulbauten, Pflasterungen, so sind dies Auslagen, welche alljährlich wiederkehren und aus den currenten Mitteln bestritten werden müssen, und dies wird auch möglich sein. Wir haben derzeit einen Cassastand von beiläufig zwei Millionen, dazu noch ungefähr drei Millionen in Wertpapieren, und wenn der Gemeinderath den Antrag des Stadtrathes annimmt, dass ein Betrag von drei Millionen aus den Anlehen für die Wasserbeschaffung wieder an die eigenen Gelder refundiert werde, so haben wir über beiläufig sieben bis acht Millionen als Reservefond zu verfügen. Mit diesem Betrage müssen wir in den nächsten Jahren das Auskommen finden. Ich bitte, nur zu bedenken, dass wir im heurigen Jahre 1,400.000 fl. für Pflasterungen eingestellt haben, für Canalisierungen 600.000 fl., außer den großen Canalisierungen, wie Einwölbung des Alsbaches ꝛc., welche ich bei den außerordentlichen Kosten verrechnet habe. Diese bieten im ganzen einen Betrag von zwei Millionen, welcher in unserem gewöhnlichen currenten Budget enthalten ist. Für Schulbauten ist auch ein solcher besonderer Betrag eingesetzt, ebenso für die Schlachthäuser und andere Investitionen. Ich glaube also, es genügt vollkommen, wenn wir unsere Anlehen vorläufig auf jene Summe beschränken, welche für die Erweiterung der Hochquellenleitung bestimmt ist, nämlich 17½ Millionen, von welchen sechs Millionen und einige hunderttausend Gulden im Laufe dieses Jahres gebraucht werden, das andere aber im Laufe der nächsten Jahre.

Es ist noch ein anderes Unternehmen zu besprechen: die Nutzwasserleitung. Da bin ich der Meinung, dass nicht bloß viel Wasser über die Donau laufen wird, sondern auch noch viele Eisstöße, hoffentlich für Wien unschädlich, passieren werden, bis wir diese Leitung bekommen. Soll auch der Betrag für die Nutzwasserleitung aus der Donau, von welcher wir noch gar nicht wissen, ob sie überhaupt gemacht wird, in das Programm eingestellt werden? Wie stellt sich denn der Herr Vorredner vor, dass ein solches Programm aussehen würde? Es würde schwanken zwischen 20 bis 100 Millionen, und das wäre nach meiner Meinung kein Programm, mit welchem man mit Sicherheit rechnen kann. Nichtsdestoweniger ist der Gedanke des Herrn Vorredners dahin gerichtet, dass man im Laufe der nächsten Jahre, wenn auch nicht auf zehn Jahre hinaus, beiläufig wissen soll, was ungefähr gemacht werden kann. Wenn der geehrte Herr Vorredner seinen Antrag also dahin restringiert, dass für die nächsten drei oder fünf Jahre in solcher Art vorzusorgen sei, und wenn er dabei die großen Unternehmungen, wie Nutzwasserleitung, Gaswerke und Verkehrsanlagen, ausschließen würde, für welche meiner Meinung nach ein Programm gar nicht aufzustellen wäre, wenigstens nicht mit irgendwelcher Sicherheit, so hätte ein solches Werk seitens unserer Ämter und der Buchhaltung auch einen gewissen Wert für den Gemeinderath und wäre auch für die Budget-Referenten ein sehr angenehmer und nützlicher Anhaltspunkt, um die Auslagen für die nächsten Jahre zu vertheilen.

Es ist ja recht schön, zu sagen, man solle Arbeit schaffen, große Unternehmungen machen ꝛc., aber ebensogut ist es, haushzuhalten, sich nach der Decke zu strecken. (Richtig!) Wir dürfen absolut an eine Erhöhung der Umlagen nicht denken, das ist ganz ausgeschlossen. (Beifall.) Lieber müssen wir bei der Verschönerung und Ausgestaltung Wiens einen etwas langsameren Schritt einhalten, als dass wir die Bevölkerung zu weiteren Lasten heranziehen, und ich glaube, es kann nicht eindringlich und laut genug gesagt werden, dass der Gemeinderath mit allem Ernste bestrebt ist, einen solchen Gedanken gar nicht aufkommen zu lassen, dass, normale Verhältnisse vorausgesetzt, an eine Erhöhung der Steuern in absehbarer Weise gedacht werden könne. (Beifall.) Es wird aber trotzdem möglich sein, mit Beibehaltung der gegenwärtigen Steuersätze allen gerechten Anforderungen der Bevölkerung nachzukommen. Dass wir nicht alle Straßen auf einmal pflastern können, ist natürlich, aber selbst wenn das Geld auf dem Tische liegen würde, könnten wir nicht für 7 bis 8 Millionen auf einmal pflastern, weil das Material gar nicht vorhanden wäre. Ebenso ist es bei den Canalisierungen; ich bin aber überzeugt, im Laufe der nächsten vier bis fünf Jahre, wenn der Gemeinderath halbwegs wirtschaftet und alle Jahre Beträge wie heuer für Canalisierungen und Pflasterungen, d. i. für Straßenerhaltung, einen Betrag von nahezu 2 Millionen in das currente Budget einstellen kann, und wenn wir außerdem über einen Reservefond von 8,000.000 fl. verfügen können, so kann allen Anforderungen, welche die Bevölkerung billigerweise an uns stellen kann, Genüge geleistet werden. Ich würde bitte, auf solch weitaustragende Projecte im gegenwärtigen Augenblicke zu verzichten. (Lebhafter Beifall.)

Gem.-Rath Frauenberger: Ich bin überzeugt, dass der Antrag des Herrn Collegen Winker abgelehnt wird; aber dieser Antrag, meine Herren, hat seine Berechtigung. Wir können uns nur nicht zu der großen Idee aufraffen, welche wir allerdings zu fassen hätten. Wir machen das zizerlweise, was wir eigentlich auf einmal machen sollen. (Widerspruch.) Wenn der Herr Referent sagt, man könnte unter diesen Berechnungen Luftschlösser suchen, so ist das nicht berechtigt. Das wollen wir nicht; wir suchen keine Luftschlösser, wir suchen nicht das, was man etwa machen könnte, sondern das, was man machen muss, und da stehen einige große Fragen unmittelbar vor der Thür; das ist die Erbauung der Stadtbahn. Meine Herren, ich frage Sie, sind wir uns darüber nicht klar? (Gem.-Rath Dr. Klotzberg ruft: Das gehört doch gar nicht hieher!) Wir haben die Wienfluss-Regulierung, die Wasserversorgung, wir haben die Schulbauten, wie Sie ja eben gehört haben, die Canalisierung u. s. w. Darüber will nun der Herr College Winker eine Zusammenstellung haben, was das alles kostet, und das wird schon eine große Summe ausmachen. Was wir in 10 oder 15 Jahren vielleicht erst anzufassen haben, das brauchen wir uns jetzt nicht vom Stadtbauamte berechnen zu lassen.

Ich bin also der Meinung, dass dieser Antrag nicht so ohneweiters unter den Tisch zu werfen wäre, sondern dass wir allerdings für diejenigen Fragen, die in der nächsten Zeit an uns herantreten werden, ein Finanzprogramm haben sollten, und ein solches können wir nur auf die Weise bekommen, wenn ein derartiger Antrag, wie er von Herrn Collegen Winker gestellt wurde, angenommen würde.

Bezüglich der Gaswerke will ich kein Wort verlieren, es ist ja fraglich, ob wir sie noch übernehmen. Darüber werden wir später sprechen. Aber diese Fragen wissen wir und wir wissen, was wir beiläufig brauchen, und das sind die Anlagen, welche der Herr College Winker meint.

Ich bin nun mit meinen Auseinandersetzungen fertig und bitte, den Antrag des Herrn Collegen Winker anzunehmen. Es wird nichts verschlagen, wenn wir einen klaren Überblick über die Geldgebarung in der nächsten Zeit erlangen.

Gem.-Rath Winker: Ich bin den Ausführungen unseres Herrn Finanz-Referenten mit Aufmerksamkeit gefolgt; das, was er vorgebracht hat, die Gründe, welche er gegen die Gaswerke, die Wasserleitung u. s. w. geltend macht, sind ja ganz richtig; ich glaube nur, dass, wenn man ein Programm für zehn Jahre aufstellt, das darin enthalten sein muss, weil es während der zehn Jahre vorkommt. Ich habe aber nichts dagegen, wenn ein Programm auf drei oder fünf Jahre aufgestellt wird, und mit der Beschränkung, dass die Verkehrsanlagen, die Wienfluss-Regulierung, die Wasserleitung wegbleiben; ich bin damit ganz zufrieden. Ich werde meinen Antrag im Sinne der Ausführung des Herrn Budget-Referenten restringieren.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich erlaube mir, den Herren in das Gedächtnis zurückzurufen, dass der Gemeinderath bereits in früheren Jahren eine derartige Arbeit hat unternehmen lassen.

Ich habe bei Gelegenheit des Studiums des Budgets dieses Referat hier in die Hand genommen. Es ist im Jahre 1884 vom Gemeinderathe der Auftrag ertheilt worden, ein derartiges umfassendes Programm zusammenzustellen, und es hat der damalige Budget-Referent Herr Magistratsrath Preyer im Jahre 1885 hierüber Bericht erstattet, dass ein Anlehen von 26½ Millionen Gulden nothwendig wäre, um alle die Dinge, welche damals für Klein-Wien nothwendig gewesen wären, durchzuführen. Es hat sich aber gezeigt, dass dieses Referat umsonst gearbeitet war, und es ist, obwohl diese Zusammenstellung gemacht worden ist, kein praktischer Gebrauch davon gemacht worden. Es ist ein ganz guter Behelf; man kann noch jetzt zur Belehrung darin lesen. Das Referat ist gut, aber praktische Folgen hat diese Zusammenstellung nicht gehabt, und zwar aus den Gründen, welche der Herr Referent bereits dargelegt hat. Man kann nicht so sehr in das Große gehen, so große Zukunftsbilder entwerfen. In der Beschränkung aber, welcher jetzt auch Herr Gem.-Rath Winker zugestimmt hat, hat die Sache ihr Gutes. Ich habe das bereits in der Budget-Debatte kurz angedeutet und erlaube mir in Erinnerung zu bringen, dass wir insbesondere in Bezug auf Schulbauten uns bis jetzt im unklaren befinden, wie viele Millionen wir in den nächsten Jahren brauchen werden. Es ist sogar im Magistrate selbst durch den Referenten für Schulangelegenheiten Magistratsrath Preyer der Gedanke angeregt worden, man solle wenigstens ein Programm für Schulbauten aufstellen. Es wäre gut, wenn wir wüssten, wie viel wir für Schulbauten zu leisten haben, damit wir die Lücken vergangener Jahrzehnte ausfüllen. Wenn wir uns beschränken auf die Pflasterungen, Canalisierungen und Schulbauten und auf die Hauptgruppe der fortlaufenden Ausgaben, so wird ein solches Programm, wie die Räthe des Magistrates selbst meinen, von Nutzen sein, und in dieser Ausdehnung, glaube ich, sollten wir den Antrag Winker annehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Wünscht der Herr Referent das Wort?

Stadtraths-Referent: Nein, ich danke.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Zu Rubrik XXII, Post 1 bis 11 wurde eine Einwendung nicht erhoben. Ich erkläre diese Posten für angenommen. Herr Gem.-Rath Winker hat folgenden allgemeinen Antrag gestellt: Er lautet: „Es sei von den betreffenden Ämtern eine Zusammenstellung aller jener außerordentlichen Arbeiten mit Ausnahme derjenigen, welche sich auf die Verkehrsanlagen, die Wienfluss-Regulierung und Wasserleitung beziehen und welche in den nächsten drei Jahren gemacht werden müssen, nebst den Kostenvoranschlägen dem Gemeinderathe mit thunlichster Beschleunigung vorzulegen, damit derselbe in die Lage versetzt werde, für die nothwendige Bedeckung vorsorgen zu können. Auch sei bei dieser Zusammenstellung auf die Auspflasterung Wiens besonders Rücksicht zu nehmen.

Diejenigen Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Majorität. Der Antrag ist angenommen.

Stadtraths-Referent: Nun kommen wir zu den Ausgaben, Seite 129.

1. „Erhaltung des Pflasters, Neupflasterungen und Straßenherstellungen" ist vom Gemeinderathe bereits genehmigt worden.

2. Erhaltung der ungepflasterten Straßen:

Beschaffungskosten des Schottermateriales	238.500 fl.
Fuhrwerkskosten	16.000 fl.
Löhnungen des Personales	33.000 fl.
Bespannungsauslagen für Straßenwalzen und Wasserwagen	6.000 fl.
Kosten der Beschaffung von Wienfluss- und Donausand	15.200 fl.

Sonstige Auslagen (Pachtzinse für in öffentliche Straßen einbezogene Privatgründe, Kosten für Nachtwachen, Warnungslaternen ꝛc.) . . . . . 1.000 fl.

Nun kommen zwei große Posten, und zwar:

3. Einlösung von Grundparcellen bei Häuserbauten zur Straßenverbreiterung . . . . . 400.000 fl.

4. Ankauf von Realitäten und Gründen zur Straßenverbreiterung . . . . . 250.000 fl.

Es sind zwar hohe Beträge, aber es sind in den nächsten Jahren auch bedeutende Auslagen zu bestreiten.

Namens des Stadtrathes bitte ich Sie, diese Beträge zu genehmigen.

Gem.-Rath Dr. Stern: Ich erlaube mir das Wort zu ergreifen zu XXII 4 „Ankauf von Realitäten und Gründen zur Straßenverbreiterung".

Bei dieser Post befindet sich eine Randrubrik und darin heißt es unter anderen, dass von der Buchhaltung für unausweichliche Fälle, und zwar für Grundeinlösungen aus Anlass von Häuserbauten mit Rücksicht auf das namhafte Erfordernis für die Erweiterung des Stock-im-Eisenplatzes und auf die mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 29. April 1892 bereits zugesicherte Grundentschädigung für den Umbau des Hauses, I. Bezirk, Kärnthnerstraße Nr. 45, der Betrag von 500.000 fl. u. s. w. eingestellt wurde.

Daraus ist ersichtlich, dass hier für den Umbau eines Hauses in der Kärnthnerstraße, und zwar mit einem Gemeinderaths-Beschlusse bereits eine Grundentschädigung zugesichert worden ist, und es ist sehr möglich, dass ähnliche Anträge vielleicht dermalen in Verhandlung stehen.

Nun wissen wir ja, dass gerade jetzt in Verhandlung schwebt ein Steuerbefreiungsentwurf, wodurch wesentlich die Basis, welche bei der Zusicherung jener Grundentschädigung maßgebend war, erschüttert wird. Wir wissen ja, dass für die Grundentschädigung, und es ist kein Zweifel, dass das Haus Nr. 45 Kärnthnerstraße unter diesen 1265 Häusern sein wird .... (Gem.-Rath Dr. Hackenberg: Es ist nicht darin, es ist ja schon umgebaut!) Das ist schon umgebaut? (Gem.-Rath K. M. Mayer: Es ist längst bezogen und bewohnt! — Gem.-Rath Dr. Hackenberg: Siegmund Ernst hat sein Geschäft darin!) Dann verzichte ich auf das Wort.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Zu Post 2, 3 und 4 wurde eine Einwendung nicht gemacht, ich erkläre dieselben für angenommen.

Stadtraths-Referent: Post 5 „Straßensäuberung". Pauschalvergütung an die allgemeine österreichische Transport-Gesellschaft für die Säuberung der Straßen und die Hauskehrichtverführung im I. Bezirke . . . . . 344.100 fl.

Commissions-Referent: Meine Herren! Zu dieser Straßensäuberung, die in der Budget-Commission zu vielfachen Erörterungen Anlass gegeben hat, weil ja auch die Bevölkerung wiederholt geklagt hat — und wie ich glaube, auch mit Recht — hat die Commission sich erlaubt, folgenden Antrag zu stellen (liest):

„Der Stadtrath habe bis 31. März l. J. zu berichten, ob die Gemeinde die Straßensäuberung nicht auch im I. Bezirke in eigene Regie übernehmen könnte."

Wie wir in den Zeitungen gelesen haben, steht die Sache bereits in Verhandlung, wenn sie uns auch noch nicht vorgelegt ist.

Weiters (liest):

„Bei dieser Gelegenheit ist der Antrag, beziehungsweise das Memorandum des Feuerwehr-Oberinspectors Stritzl, betreffend eine rationelle Straßenreinigung, in Druck zu legen und an sämmtliche Gemeinderäthe zu vertheilen."

Es ist schon im vorigen Jahre bei Gelegenheit der Budgetberathung auf dieses Memorandum hingewiesen worden. Leider sind wir mit dem Inhalte desselben noch immer nicht vertraut gemacht worden, wie wohl vielfach transpiriert hat, dass hier ein Modus vorgeschlagen wird, wie die Säuberung, erstens viel rationeller und besser besorgt wird, andererseits auch der Gemeinde bedeutend billiger kommen sollte. Wir haben eben keinen Einblick in dieses Memorandum. Um nun jedem einzelnen der Herren Gemeinderäthe Gelegenheit zu geben, sich selbst ein Urtheil zu bilden, ehe uns das Referat über die Vergebung der Straßensäuberung im I. Bezirke vorliegen wird, ist es ja wünschenswert, dass wir uns selbst ein bisschen ein Bild machen, und das ist der Grund, warum Ihnen vorgeschlagen wird, es möge jedem Gemeinderathe das in Druck gelegte Memorandum Stritzls bis Ende März d. J. — was ja ohne Schwierigkeit zu bewerkstelligen ist — zugesendet werden.

Weiters wird beantragt (liest):

„Der Magistrat wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass in allen Bezirken zur Kehrichtabfuhr Wägen verwendet werden, wie sie in dem Regulativ für die Transport-Gesellschaft (§ 18) vorgeschrieben sind."

Das Regulativ, welches der Vereinbarung zwischen der Gemeinde und der Transport-Gesellschaft beiliegt, lautet in dieser Richtung folgendermaßen (liest):

„Die Wägen, welche zur Verführung von Schutt, Staub, Straßen- und Hausmist verwendet werden, müssen nach allen Seiten gut geschlossen, nach oben mit fest schließbaren Deckeln in Charnieren, mit aufrechtstehenden, in einem Falz einfallenden Seitenwänden und mit einem Ölanstriche versehen sein. Dieselben sind stets in gutem Stand zu erhalten, so dass selbst die feinsten Bestandtheile der Ladung während der Fahrt weder vom Wagen abfallen noch vom Winde fortgeweht werden können.

Die Wägen dürfen nicht breiter sein, als in den betreffenden polizeilichen Verordnungen (über Streifwägen ꝛc.) vorgeschrieben wird.

Zur Verführung des mit Fassschaufeln verladbaren Straßenkothes oder Unrathes müssen Truhenwagen verwendet werden, welche gut geschlossen sind, so dass die Flüssigkeiten nicht ausrinnen können.

Die Wägen sind mit weiß und roth angestrichenen Blechfähnchen zu versehen und zu numerieren."

Das sind die Vorschriften, welche die Gemeinde — und ich glaube mit Recht und im Interesse der Bevölkerung und der Reinhaltung der Straßen — der Transport-Gesellschaft gemacht hat. Aber ebenso häufig und begründet sind die Klagen, welche man in allen Bezirken hört über die Art der Mistverführung in den einzelnen Bezirken, gerade dort, wo die Gemeinde selbst die Vorschriften, die sie anderen gibt, musterhaft einhalten sollte. Die Commission weist in dem Antrage, ohne auf das Regulativ zurückzugreifen, darauf hin, auch in der eigenen Regie für die stricte Einhaltung dieser Bestimmungen Sorge zu tragen. Weiters hat der Magistrat darauf zu sehen, dass eine genügende Anzahl entsprechender Kehrichtabladeplätze ermittelt und hergestellt werden, weil dieselben nicht in genügender Anzahl und oft am unrichtigen Platze vorhanden sind. Ich bitte um die Zustimmung zu diesen Anträgen.

Gem.-Rath Noske: Ich möchte mir als Referent des Stadtrathes in Angelegenheit der Straßensäuberung des I. Bezirkes

mitzutheilen erlauben, dass die Angelegenheit dermalen folgendermaßen steht: Im Stadtrathe liegt ein Referat des Magistrates vor, welches in dem Antrage gipfelt, der vom Stadtrathe bereits genehmigt wurde, dass vorerst, um zu erfahren, was ein Offerent verlangt, um das mit den Kosten der Straßensäuberung in eigener Regie vergleichen zu können, eine Offertausschreibung veranlasst werde, und der Stadtrath ist nun gerade daran — ich habe heute vormittags zum zweitenmale darüber referiert — die Bedingnisse für diese Offertausschreibung festzusetzen. Diese Bedingnisse sind sehr genau revidiert worden, sie haben den Gegenstand von Vorberathungen gebildet, die zwischen dem Referenten und anderen Herren, die beigezogen waren, durch viele Stunden gepflogen wurden und sie sind nun Gegenstand einer ebenso sorgfältigen Erwägung im Stadtrathe. Ich hoffe, dass morgen der Stadtrath in der Lage sein wird, über diese Bedingnisse endgiltig zu beschließen, womit das Referat vorläufig seinen Abschluss finden wird. Sobald das geschehen ist, wird der Magistrat auf Grund des Stadtraths-Beschlusses — so denke ich wenigstens mir den Weg — eine Offertausschreibung veranstalten und in der Zeit von etwa vier Wochen wird das Resultat der Offertausschreibung bekannt sein. Dann wird im Stadtrathe der Bericht des Magistrates mit den vergleichenden Zusammenstellungen der Kosten der Stadtsäuberung in eigener Regie und der Kosten, welche bei Vergebung im Offertwege erwachsen, vorliegen, der Stadtrath wird darüber schlüssig werden und dann die Ehre haben, darüber dem Plenum zu berichten und einen Antrag zu stellen, den ich heute natürlich noch nicht voraussehen kann. Ich habe mich nur wegen der Debatte, die sich über diesen Gegenstand entsponnen hat, für verpflichtet gefühlt, dem geehrten Plenum vom Stande der Sachen Mittheilung zu machen.

Gem.-Rath Lang: Den vorliegenden Antrag, welchen ich in der Budget-Commission gestellt habe, möchte ich Ihnen wärmstens empfehlen. Es handelt sich darum, dass wir wirklich am 31. März in der Lage sind, Beschluss zu fassen, dahin gehend, ob die Straßensäuberung in eigene Regie übernommen werden soll, denn ich wünsche nicht, dass das Recht des Gemeinderathes illusorisch gemacht und dass dann im letzten Momente ein Bericht erstattet werde, in dem es heißt, es sei zu spät, wir können die Straßensäuberung im I. Bezirke nicht in eigene Regie übernehmen. Das Werk des Ober-Inspectors Stritzl ist länger als ein Jahr überreicht und wir haben über dasselbe bisher nichts gehört. Der Antrag der Budget-Commission ist vollkommen berechtigt, und es liegt auch im Interesse der einzelnen Mitglieder des Gemeinderathes, sich über die Straßensäuberung vollkommen zu informieren. Das Werk des Ober-Inspectors Stritzl hat in vielen Kreisen die lebhafteste Anerkennung gefunden, und ich glaube, dass wir ein großes Interesse daran haben, dasselbe näher kennen zu lernen. Ich möchte bitten, den Antrag anzunehmen, wie ihn die Commission gestellt hat, und ich wünsche, dass er auch wirklich zur Ausführung gelange, damit wir rechtzeitig in die Lage kommen, einen Beschluss zu fassen und nicht vor eine Zwangslage gestellt werden, die nicht im Interesse des Gemeinderathes gelegen ist. Ich empfehle den Antrag der Budget-Commission.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ohne der Beschlussfassung über dieses vielgerühmte Exposé vorgreifen zu wollen, hätte ich nur die Bitte, die Auslage für die Drucklegung — und diese wird eine bedeutende sein — zu ersparen. Es wäre wirklich bedauerlich, wenn die Herren von der Sache genaue Kenntnis genommen haben und dann diese Auslage bereuen würden, und meiner Überzeugung nach werden die Herren dieses Gefühl haben, wenn sie diese Kosten wirklich aufwenden. Der Herr Referent, welcher den Gegenstand vortragen wird, wird Ihnen den Inhalt dieses Memorandums genau bekanntgeben und wenn dann das Interesse, welches die Sache erregen sollte, es erfordert, dass die Drucklegung geschehe, dann in Gottes Namen. Aber es unbesehen zur Drucklegung zu schicken und vielleicht einige hundert Gulden dafür aufzuwenden, das, glaube ich, wäre heute etwas verfrüht, zu beschließen. Darum möchte ich bitten, diese Drucklegung heute nicht zu beschließen.

Gem.-Rath Noske: Ich möchte zur Angelegenheit des Stritzl'schen Projectes bemerken, dass Herr Ober-Inspector Stritzl vor einigen Tagen mich besucht, mir ein gedrucktes Correcturexemplar seines Projectes vorgelegt und mir mitgetheilt hat, dass er dieses Project als Buch erscheinen lasse. Er wolle nur von dem Inhaber eines gewissen Patentes die Erlaubnis abwarten, dieses Patents in dem Buche zu erwähnen, dann werde dasselbe im Buchhandel erscheinen. Es wird also dann entweder jeder der Herren in der Lage sein, sich das Buch anzuschaffen, oder es wird, wenn die Herren es beschließen, in einer gewissen Anzahl angeschafft und jedem Herrn zugeschickt werden.

Commissions-Referent (zum Schlusswort): Ich muss selbstverständlich den Antrag der Commission aufrecht erhalten. Solange wir nicht in den Inhalt dieses Elaborates eingeweiht sind, können wir uns kein Urtheil darüber bilden, und um uns ein solches Urtheil zu bilden, wird beantragt, dass man uns das vor der Verhandlung über die Vergebung der Straßensäuberung in der Inneren Stadt vorlege. Dann werden wir beurtheilen, ob das gut ist oder nicht. Jetzt hören wir, dass die Sache im Detail nicht ausführbar ist. Bisher hat man immer nur von diesen Arbeiten gesprochen, aber noch niemand von uns, außer jenen Herren, die dem Stadtrathe angehören, hat Einblick in die Sache genommen. Um uns auch ein Urtheil bilden zu können, ist der Antrag gestellt worden. Ich will der Vergebung der Arbeiten in der Inneren Stadt nicht vorgreifen. Aber das ist eine Sache, die erst erwogen werden muss. Wir kennen ja heute die Bedingungen noch nicht, die man uns stellen wird, aber wir müssen doch auch einigermaßen ein Urtheil haben. Um unparteiisch zu sein, wollten wir das wissen, deshalb muss ich den Antrag der Commission aufrecht erhalten.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Gegen die Ziffern bei Rubrik XXII 5 a und die anderen verlesenen Posten wurde eine Einwendung nicht erhoben. Ich erkläre dieselben für angenommen.

Die Budget-Commission stellt den Antrag: „Der Stadtrath habe bis 31. März l. J. zu berichten, ob die Gemeinde die Straßensäuberung nicht auch im I. Bezirke in eigene Regie übernehmen könnte."

Dagegen ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Ich erkläre diesen Antrag für angenommen.

Weiters wird beantragt: „Bei dieser Gelegenheit ist der Antrag, beziehungsweise das Memorandum des Feuerwehr-Oberinspectors Stritzl, betreffend eine rationelle Straßenreinigung, in Druck zu legen und an sämmtliche Gemeinderäthe zu vertheilen."

Dagegen wird der Antrag gestellt, bloß zu beschließen, das Memorandum sei bei dieser Gelegenheit vorzulegen.

Gem.-Rath Noske (zur Abstimmung): Ich möchte nur etwas richtigstellen. Unter einem Memorandum stellen sich die Herren vielleicht ein Heftchen vor; das ist aber ein Buch im Umfange von 200—250 Seiten. (Rufe: Das muss man wissen!)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bringe zuerst den Gegen-Antrag zur Abstimmung und ersuche jene Herren, welche dafür sind, dass das Memorandum bei Erstattung des einschlägigen Referates vorzulegen sei, die Hand zu erheben. (Geschieht. Nach einer Pause:) Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Es sind 9 Stimmen dagegen. Der Antrag ist angenommen, das Memorandum wird also vorgelegt. (Widerspruch.) Ich bitte, ich habe jede einzelne Stimme gezählt und muss annehmen, dass ein großer Theil der Anwesenden sich der Abstimmung enthalten hat, was den Herren freisteht. Gegen die übrigen beiden Absätze des Antrages der Budget-Commission wurde eine Einwendung nicht erhoben. Sie sind daher angenommen.

Beschluss: Zu Gruppe III. Ausgabs-Rubrik XII, werden zur Post 12 die Unterabtheilungen t, w, x, y, aa, bb, dd, ee, ff, kk und ll nach den Anträgen des Commissions-Referenten genehmigt, ebenso die Streichung der Post u. Nach den Anträgen des Stadtraths-Referenten wurden angenommen die Posten v, z, cc, gg und hh. Bei Post ii wurde für die Erbauung einer Schule in Kaiser-Ebersdorf der Betrag von 25.000 fl. eingesetzt. Die Posten 13 bis 17 werden nach den Anträgen des Stadtraths-Referenten genehmigt. Ebenso die Rubriken XIII und XIV. Zur Einnahms-Rubrik XIII 7 wird beschlossen: Der Bürgermeister wird ersucht, die Geschäftsordnung und die Rechnungs-Abschlüsse der Pfandleihanstalt im XIV. Bezirke dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen.

Zu Gruppe VI, Rubrik XXII. Die Einnahmsposten 1 bis 12 b, sowie die Ausgabsposten 2 bis 5 a werden nach den Anträgen des Stadtraths-Referenten angenommen. Zur Ausgabspost 5 a wird beschlossen: Der Stadtrath habe bis 31. März l. J. zu berichten, ob die Gemeinde die Straßensäuberung nicht auch im I. Bezirke in eigene Regie übernehmen könnte. Bei dieser Gelegenheit ist der Antrag, beziehungsweise das Memorandum des Feuerwehr-Ober-Inspectors Stritzl, betreffend eine rationelle Straßenreinigung vorzulegen. Der Magistrat wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass in allen Bezirken zur Kehrichtabfuhr Wägen verwendet werden, wie sie in dem Regulativ für die Transport-Gesellschaft (§ 18) vorgeschrieben sind. — Der Magistrat hat dafür zu sorgen, dass eine genügende Anzahl entsprechender Kehrichtabladeplätze ermittelt und hergestellt werde.

Gem-Rath Geitler (zur Geschäftsordnung): Ich bitte um Auszählung des Hauses.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es wird der Wunsch ausgesprochen, die Auszählung vorzunehmen. Ich bitte, sich auf die Plätze zu begeben und ersuche, die Zählung vorzunehmen. (Nach Vornahme der Auszählung:) Wir sind nicht mehr beschlussfähig; die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 7 Uhr 45 Minuten abends.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 10. Februar 1893.

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Matthies, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Beurlaubt: St.-R. Baugoin.

Experten: Bezirksvorsteher Picker, Baurath Schiebek.

Schriftführer: Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

(459.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über den Besetzungsvorschlag für die Lehrstelle für Deutsch und Französisch an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule und beantragt:

Es sei der Magistrat mit Rücksicht darauf, dass die Besetzung der in Rede stehenden Lehrstelle mit Beginn des II. Semesters des laufenden Schuljahres erfolgen soll, zu ermächtigen, im Sinne des Artikels VII des Vertragsentwurfes zwischen der Staatsverwaltung und der Gemeinde Wien puncto Übernahme der Communal-Mittelschulen in die Verwaltung des Staates, dessen Annahme ehestens zu gewärtigen ist, den Besetzungsact mit dem Gutachten der Direction dem k. k. n.-ö. Landesschulrathe vorlegen zu dürfen. (Angenommen.)

(60[illegible].) **St.-R. Kreindl** referiert über das Ansuchen des pensionierten Rathsdieners Ignaz Haupt um Fortbezug des Unterstützungsbeitrages von jährlich 100 fl. und beantragt die Gesuchsgewährung auf die Dauer von drei Jahren vom 7. Jänner 1893 an.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(688.) **St.-R. Rückauf** referiert über das Ansuchen des Johann Ludwig um Consens für den Bau eines Locomotivhäuschens auf dem Bürgerspitalsgrunde, Cat.-Parc. 2, am Margarethnergürtel und beantragt, die vom Magistrate beantragte Ertheilung des Bauconsenses zu bestätigen. (Angenommen.)

(697.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen des J. Geiringer, Hausbesitzer in Unter-Meidling, Schulgasse 3, um Enthebung von der weiteren Zahlung eines Beleuchtungsbeitrages für eine Straßenlaterne und beantragt, demselben von dem Tage der bewerkstelligten Flammenversetzung die Zahlung des bisher geleisteten Beleuchtungsbeitrages von 21 fl. 60 kr. per Jahr zu erlassen.

(Angenommen.)

(430.) **St.-R. Noske** referiert über die Sicherstellung der Straßensäuberungsarbeiten im I. Bezirke und beantragt, wegen Übertragung der Besorgung der Straßensäuberung und der damit in Verbindung gebrachten sonstigen Leistungen im I. Gemeindebezirke sei auf Grund des vorgelegten Entwurfes A der Bestimmungen B des Re-

gulativs C, D, E, der Verzeichnisse hinsichtlich der Bespritzung und der Pläne F und G, sowie der Ausmaße K und L eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung auszuschreiben und nach Maßgabe des Ergebnisses derselben darüber Beschluss zu fassen, ob die Straßensäuberung und die sonstigen damit in Verbindung gebrachten Leistungen im I. Gemeindebezirke in eigener Regie besorgt oder an einen Unternehmer vergeben werden soll.

St.-R. Rückauf beantragt, die Berechnungen über die Kosten in eigener Regie in Druck zu legen.

Dieser Antrag wird zurückgezogen und der Referenten-Antrag angenommen.

Es wird sohin zur Berathung der Beilage A des Entwurfes der Bestimmungen, unter welchen die Besorgung der Straßensäuberung im I. Bezirke an eine Unternehmung übertragen werden soll, geschritten.

Referent beantragt, in dem Entwurfe überall dort, wo das Wort „Commune" vorkommt, „Gemeinde" zu setzen.

(Angenommen.)

§ 1 hat nach dem Referenten-Entwurfe zu lauten:

„Die Besorgung der gesammten Straßensäuberung im I. Bezirke der Stadt Wien und die sonstigen damit in Verbindung gebrachten Leistungen werden vom Gemeinderathe der Stadt Wien für die Zeit vom 1. Juli 1893 bis Ende 1900 einer Unternehmung übertragen. Wird von der Gemeinde Wien der Vertrag nicht bis längstens Ende Juni 1899 gekündigt, so ist derselbe auf ein weiteres Jahr stillschweigend verlängert, das gleiche gilt, wenn der solcher Art verlängerte Vertrag nicht jeweilig ein Jahr vor Ablauf von der Gemeinde gekündigt wurde, jedoch nur bis Ende Juni 1903, von welchem Termine der Vertrag unter allen Umständen sein Ende erreicht, gleichviel, ob er vor Ende Juni 1902 von der Gemeinde gekündigt wurde oder nicht, dem Unternehmer steht bis Ende Juni 1903 das Recht der Kündigung nicht zu."

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt und Schlechter beantragen die Vergebung auf fünf, eventuell sieben Jahre.

St.-R. Boschan beantragt die Vergebung bis 30. Juni 1899.

Der Referent ist mit dem Antrage des St.-R. Boschan einverstanden.

Der Antrag des St.-R. Ritt. v. Goldschmidt und Schlechter wird abgelehnt; der Referenten-Antrag mit der Abänderung des St.-R. Boschan angenommen.

§ 2 wird in der bisherigen Fassung belassen.

Zu § 3 beantragt Referent den Zusatz: „. . . . im Wege des Checkverkehrs der k. k. Postsparcassa ohne Ausstellung von Quittungen oder über Verlangen der Gemeinde gegen Ausstellung besonderer Quittungen."

Dieser Zusatz wird abgelehnt.

Die §§ 4 bis inclusive 6 und der § 7 ausschließlich der Absätze 2 und 3 bleiben in der bisherigen Fassung.

Der Antrag des St.-R. Rückauf wegen Herabsetzung der Caution auf 25.000 fl. wird abgelehnt.

Statt des jetzigen Absatzes 2 und 3 des § 7 beantragt Referent: „Dieses Vadium kann in Barem oder in Einlagsbüchern der ersten österreichischen Sparcassa, oder der neuen Wiener Sparcassa, dann in Cassascheinen der k. k. priv. österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe oder der niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft in Wien, oder aber in österreichischen Staats-, österreichischen Grundentlastungs-, Wiener Communal- oder Donauregulierungs-Anlehens-Obligationen, oder in sonstigen pupillarsicheren Wertpapieren bestehen, welche sämmtliche Wertpapiere nach dem Curse des dem Erlage vorausgehenden Börsetages zu berechnen sind.

Weiters sind zum Erlage von Vadien und Cautionen bei der städtischen Hauptcassa auch nachfolgende ungarische Wertpapiere nach dem letzten — jedoch höchstens 14 Tage alten — Curse der Wiener, subsidiär der Budapester Börse zugelassen:

a) Sämmtliche Effecten der ungarischen Staatsschuld mit Inbegriff der Staatslose und Theißlose, der Grundentlastungs-, Weinzehent- und Urbarial-Ablösungs-Obligationen, der verzinslichen Staatscassenscheine, dann der Prioritäten der in das Eigenthum des ungarischen Staates übergegangenen Theiß-Eisenbahn, sowie der ungarischen Ostbahn I. und II. Emission;

b) die Prioritäts-Obligationen der die Garantie seitens des ungarischen Staates genießenden, im vollen Betriebe stehenden Eisenbahnen, und zwar der Arad-Temesvarer Bahn, Kaschau-Oderberger Bahn, Eperies-Tarnower Bahn, Ersten Siebenbürger Bahn, Nordostbahn, Ungarischen Westbahn, Donau-Drau-Bahn, Ersten ungarisch-galizischen Bahn, Alföld-Fiumaner Bahn, Fünfkirchen-Barcser Bahn, sowie die Obligationen der vereinigten Prioritäts-Anleihe der ungarischen Eisenbahnen.

Sämmtliche Wertpapiere werden jedoch niemals über den Nennwert, beziehungsweise den Betrag des kleinsten Treffers angenommen."

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

Die §§ 8 bis 15 werden in der bisherigen Fassung mit mehreren stilistischen Änderungen angenommen:

Im § 16 beantragt Referent den Zusatz: „. . . falls der Geklagte im Sprengel des „Bezirksgerichtes I" im I. Bezirke ꝛc."

(Angenommen.)

B. (Regulativ.) Zu § 1 des bisherigen Regulativs stellt Referent den Zusatz: „und der übrigen im Regulativ vorgesehenen Leistungen". (Angenommen.)

§ 2 wird vom Referenten in den vom Magistrate vorgeschlagenen Abänderungen, d. i. Zeile 3, Alinea 1 (Beilage F) statt „A", Alinea 2, 2. Zeile, „unter" statt „obere" und Zeile 7 desselben Alinea statt „Alserstraße", „Universitätsstraße" und Formulierung des Schlussatzes ebenda, weiters die „Fronten der mit ungeraden Nummern bezeichneten Häuser der Universitätsstraße bis zur geradlinigen Verlängerung an der Maria-Theresienstraße" beantragt. (Angenommen.)

§ 3 wird vom Referenten in der Änderung des Magistrates mit der Abweichung beantragt, statt „Luftlinie", „die Länge des kürzesten Fahrweges" zu setzen.

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt beantragt die Formulierung nach dem Magistrats-Antrage.

Der Antrag des St.-R. Ritt. v. Goldschmidt wird angenommen.

Der Magistrats-Antrag ändert die bisherige Fassung insoweit, als im zweiten Satze statt „beiden", „den" zu setzen und statt „des nach der Radetzkybrücke folgenden Theiles" zu lauten hat: „am rechten und der Zollamtsbrücke am linken Ufer, ferner am rechten Ufer des Donaucanales zwischen der Ferdinands- und Aspernbrücke zu geschehen. Im Bedarfsfalle können weiters zur Schneeablagerung das rechte Ufer des Donaucanales von der Lampelmauth bis zur Augartenbrücke und das linke Ufer des Wienflusses in der Lothringerstraße von der Schwarzenbergbrücke bis unterhalb der Christinengasse gegen vorher eingeholte Genehmigung benützt werden."

Die mittlere Distanz vom Stephansplatz nach der Luftlinie beträgt 800 m.

§ 4 weicht nach dem Referenten-Antrage von der bisherigen Fassung ab, als im 1. Absatze, 5. Zeile statt „der", „ein" zu setzen, „von 40·60 kr." zu streichen und hinzuzufügen ist, „welcher sich ergibt, wenn von der Pauschalsumme eine Quote von 70 Percent für Straßenreinigung und Schneesäuberung gerechnet und diese Quote durch das Flächenmaß der Fahrbahnen von rund 643.500 m² dividiert wird". (Angenommen.)

Im 2. Absatze ist gleichfalls das Wort „der" durch „ein" zu ersetzen und „von 4·06 kr." zu streichen, hingegen am Schlusse anzufügen „welches sich bei der Annahme einer Quote von 7 Percent der Pauschalsumme, getheilt durch das Flächenmaß von 643.500 m² berechnet. (Angenommen.)

Absatz 5 und 6 der bisherigen Bestimmung soll nach dem Referenten-Antrage lauten:

Bei Verlegung des jetzigen Kehricht- und Mistabladeplatzes am Bruckhaufen auf einen anderen Platz tritt eine Änderung an dem Pauschalbetrage wie bei Verlegung der Schneesäuberung. (Angenommen.)

Der Referenten-Zusatz zum drittletzten Absatze, lautend:

Die Entfernung neu zugewiesener Schneeabladeplätze oder Kehricht- und Mistabladeplätze vom Stephansplatze wird nach dem kürzesten für derlei Fuhren gestatteten Fahrwege vom Magistrate bestimmt und steht dem Unternehmer gegen diese Bemessung eine Einwendung nicht zu; sollte durch irgend welche Umstände der dieser Bemessung zugrunde gelegte Weg ganz oder theilweise, dauernd oder vorübergehend nicht fahrbar sein oder der Verkehr von Kehricht-, Mist- und Schneefuhren auf diesen Wegen verboten werden, so steht aus dem Grunde der Abänderung der Fahrroute dem Unternehmer ein Ersatzanspruch nicht zu; wird abgelehnt; hingegen der Zusatz:

Die Gemeinde behält sich vor, von dem Unternehmer die Abtransportierung des Schnees, Hauskehrichts und Straßenmistes oder des Schnees allein mittelst Bahn oder Schiff zu verlangen und bleibt für den Fall, als ein solches Verlangen von der Gemeinde gestellt wird, ein besonderes Übereinkommen über die Art und Weise der aus Anlass der Verlegung der Abladeplätze und der Änderung der Art der Abtransportierung sich ergebenden Entschädigung vorbehalten.

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt beantragt die Ablehnung.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.)

Die §§ 5 bis 11 werden mit geringfügigen Abänderungen des bisherigen Regulativs (§ 6 Streichung des letzten Alinea von „mit Ausnahme" ꝛc.; § 7 zweite Zeile statt „6 Paar" „die" Einfügung des Wortes und nach Bureaux (erste Zeile, zweites Alinea und Streichung der Worte „sowie Stallungen für Reservepferde"). (Angenommen.)

Die weitere Berathung wird über Antrag des Gem.-Rathes Dr. Vogler abgebrochen.

Antrag des St.-R. Schneiderhan:

Der Gefertigte stellt die Bitte, der Bürgermeister wolle die betreffenden Ämter, respective Personen, welche die Unterhandlungen und Vorarbeiten für den Bau des Canales in der Breitenfurterstraße im XII. Bezirke durchzuführen haben, anweisen, mit thunlichster Beschleunigung diese Unterhandlungen einzuleiten, beziehungsweise durchzuführen, so zwar, dass dieser Canalbau noch im Laufe dieses Jahres ausgeführt werden kann.

Wird dem Bürgermeister zugemittelt werden.

(710.) **St.-R. Noske** referiert über die Ermäßigung des Mietzinses für die Wohnung Nr. 16 im städtischen Hause XIV., Ullmannstraße 54 und beantragt die Herabsetzung des Jahreszinses für obige Wohnung auf 220 fl. (Angenommen.)

(681.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über Gesuche aus dem VI. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Jeglisch Anton, Privatbeamter;
Stovicek Josef, Gürtler;
Lampl Johann, praktischer Arzt;
Kosler Johann, Schneidergehilfe;
Sisel Anton, Schneidergehilfe;
Grabensteiner Karl, Obertheil-Herrichter;
Salomon Adolf, Verkäufer;
Peschek Johann, Schuhmacher;
Schmidt Franz, Anstreichergehilfe;
Kraushaar Rachel, Commissionswarenhändlerin.

(Angenommen.)

(475.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Ladislaus Goczigh, Hausarzt im städtischen Asyl- und Werkhause um Bewilligung, außer der Anstalt wohnen zu dürfen und um Anweisung des Quartiergeldes.

Referent beantragt, dem ersteren Ansuchen zu willfahren und demselben einen jährlichen Zinsbetrag von 200 fl. unter der Bedingung zu verleihen, dass er seine Wohnung in der Nähe des städtischen Asyl- und Werkhauses miete. (Angenommen.)

(761.) **St.-R. Wurm** referiert über die Eingabe des Oberlandesgerichtes um Vornahme einiger Abänderungen an dem Projecte für den Bau eines Amtshauses im XIX. Bezirke und beantragt, den sub Post 2, 3, 4 und 5 in der Äußerung des Bauamtes bezeichneten kleinen Projectsabänderungen zuzustimmen, im übrigen das vorliegende Ansuchen abzulehnen. (Angenommen.)

(757.) **St.-R. Noske** referiert über das Ansuchen des Heinrich Wöhrl um Herabsetzung des Mietzinses für die im Schulhause XV., Rosinagasse 11 a und Victoriagasse 2 gemieteten Kellerräume und beantragt, die von der Bauamtsabtheilung für den XV. Bezirk vorgeschlagene Abtheilung der Keller, sowie die Herabsetzung des Mietzinses für den dem Gesuchsteller verbleibenden Keller auf jährlich 70 fl. ab August 1893 zu genehmigen. (Angenommen.)

Sohin wird die Sitzung geschlossen.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 11. Februar 1893.

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Matthies, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.

Beurlaubt: St.-R. Vaugoin.
Experten: Magistratsrath Siegl, Marktdirector: Zecha.
Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Grübl** macht derselbe folgende Mittheilung:

St.-R. v. Götz hat eine Interpellation, betreffend den Bau der Volks- und Bürgerschule in Unter-St. Veit eingebracht.

Diese Interpellation wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

(695.) **St.-R. Meißl** referiert über den Rückstand von Beerdigungsgebüren nach 40 Parteien des X. Bezirkes und beantragt die Abschreibung dieser Gebüren aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(682.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Frage der Einhebung von Verzugszinsen für die verspätet zur Zahlung gelangten Gebüren per 209 fl. 62 kr. für die Einleitung des Hochquellenwassers in den botanischen Garten am Rennweg im Betrage von 6 fl. 46 kr. und beantragt, mit Rücksicht auf die den Anlass zur Verspätung der Zahlung bildenden Umstände von der Einhebung von Verzugszinsen Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(690.) **Derselbe** referiert über die vom Magistrate beantragte Sicherstellung von 100 Stück Wassermessern des Systems Leopolder und beantragt, die vom Magistrate empfohlene Anschaffung von 100 Stück der genannten Wassermesser als Ersatz für jene Wassermesser des Systems Meineke, bezüglich welcher die Firma Teyrich und Leopolder die weitere Instandhaltung nicht übernommen hat, abzulehnen und diese letzteren 100 Stück Wassermesser so lange eingebaut zu lassen, als sie functionsfähig sind, und dann durch Wassermesser der laufenden Lieferung zu ersetzen. Auf den Verkauf der 100 Stück Wassermesser System Meineke zum Preise von 1 fl. 50 kr. per Stück an die Firma Teyrich und Leopolder sei nicht einzugehen. (Angenommen.)

(8040.) **St.-R. Wurm** referiert über das Anbot des Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. Adolf Seidler, das städtische Haus Or.-Nr. 8 Meierhofgasse, XIII. Bezirk, Hietzing, um den Betrag von 17.000 fl. käuflich erwerben zu wollen und beantragt die Ablehnung dieses Kaufanbotes. (Angenommen.)

(801.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über eine an den Bürgermeister gerichtete Zuschrift des n.-ö. Landesschulrathes vom 9. Februar 1893, Z. 626, mit welcher die Documente mehrerer Professoren des Communal-Real- und Obergymnasiums Mariahilf übermittelt wurden, nachdem die Genannten nicht darauf abzielen sollen, in den Staatsdienst übernommen zu werden und beantragt, es sei diese Note dahin zu beantworten, dass die Professoren Karl Rieck, Josef Steiner, Alois Neumann, Ernst Ritt. v. Feistmantel und Johann Fliedl um ihre Pensionierung eingeschritten sind, dass jedoch der Stadtrath mangels der Bedingungen des § 1 der Pensionsvorschrift für die Professoren und Directoren der Communal-Mittelschulen auf diese Pensionierungen nicht eingegangen ist. Die Gemeinde müsse daher ersuchen, auch diese Professoren in den Staatsdienst zu übernehmen. (Angenommen.)

(471.) **St.-R. Wurm** referiert über den Recurs des Johann Pabst gegen den abweislichen Bescheid über sein Gesuch um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt, dem Recurrenten die Zuständigkeit zu verleihen. (Angenommen.)

(712.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert in Angelegenheit der Bestimmung der Ruhegenüsse für den gewesenen Secretär der Gemeinde Kaiser-Ebersdorf Johann Liehr und beantragt, in Abänderung des Stadtraths-Beschlusses vom 31. Jänner 1893, Z. 420, mit welchem für den Genannten eine Gnadengabe von 560 fl. beantragt wurde, dem Johann Liehr mit Rücksicht auf seine diesbezügliche Protokollarerklärung die normalmäßige Pension von jährlich 560 fl. anzuweisen. (Angenommen.)

(633.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über den Recurs des C. Wagner gegen die in Angelegenheit sanitärer Übelstände in dem Hause Or.-Nr. 115 Gumpendorferstraße, VI. Bezirk, an ihn ergangenen Aufträge und beantragt, dem Recurse insoweit stattzugeben, dass dem Recurrenten vorerst der Auftrag ertheilt werde, den Fußboden zu erneuern, die Wände zu reinigen, trocken zu legen und ordentlich zu verputzen. Hiezu sei ihm eine Frist bis Ende April 1893 zu ertheilen und habe das Bezirksamt den Vollzug und die Einhaltung der Frist zu überwachen, eventuell zu berichten. (Angenommen.)

Magistratsrath Siegl und Marktdirector Zecha werden als Experten vernommen.

(539.) **Bürgermeister Dr. Prix** referiert über die Einreihung der Beamten in den Status des Marktamtes und stellt folgende Anträge:

VIII. Rangclasse. „Vorstand." Einreihung des städtischen Marktdirectors Josef Zecha als „Vorstand" des Marktamtes mit dem ihm nach seiner Dienstzeit gebürenden Gehalte von 2400 fl., 600 fl. Quartiergeld und einer, die Differenz gegen seine bisherigen Bezüge ausgleichenden Personalzulage von 300 fl. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

IX. Rangclasse. „Marktinspectoren." Einreihung des bisherigen Directions-Adjuncten Karl Kainz;

Der bisherigen Obercommissäre:

Nestler Gustav und

Strauß Josef;

ferner zu ernennen, die bisherigen Marktcommissäre I. Classe:

Wildfeuer Vincenz,

Kinzl Matthias,

Lihotzky Moriz.

Die Anträge des Bürgermeisters werden angenommen.

Referent (Bürgermeister) beantragt weiters, in die X. a Rangclasse (Marktcommissäre I. Classe) mit den systemisierten Bezügen einzureihen die Marktcommissäre I. Classe:

Gruß Franz,

Hofbauer Leopold,

Eder Josef,

Nußer Eduard,

Künstler Gustav Adolf,

Paschanda Johann,

Weinstabl Anton,

Swoboda Ernst,

Rothansl Georg,

Till Karl;

ferner zu Marktcommissären I. Classe zu ernennen die Marktcommissäre II. Classe:

Schwarz Anton,

Peschka Franz,

Mejstrik Karl,

Hartl Friedrich,

Straubinger Gustav,

Kasper Ferdinand,
Staudinger Heinrich,
Neubauer Dominik.

Der Antrag des Bürgermeisters wird angenommen.

Bürgermeister Dr. Prix beantragt weiters, in die Rangclasse X b mit den systemisierten Bezügen einzureihen die Marktcommissäre II. Classe:

Maux Eduard,
Hartl Franz,
Tichy Friedrich,
Schick Karl, Ober-Commissär der bestandenen Gemeinde Rudolfsheim, unter Gewährung einer die Differenz gegenüber seinen bisherigen Bezügen ausgleichenden Personalzulage von 400 fl.,
Diry Michael,
Hackl Heinrich, Marktcommissär der bestandenen Gemeinde Gaudenzdorf,
Fiertner Friedrich, Markt-Obercommissär der bestandenen Gemeinde Hernals,
Frowent Franz,
Punzengruber Alois,
Pfann Ignaz, Markt-Obercommissär der bestandenen Gemeinde Fünfhaus,
Dientl Hermann,
Brosch Karl,
Bauer Adolf,
Kreuzberger Friedrich,
Gräf Ferdinand, Marktcommissär der bestandenen Gemeinde Fünfhaus,
Fiedler Emanuel,
Kralik Franz,
Oertl Anton,
Entenfellner Karl;

ferner zu ernennen die bisherigen Accessisten:

Echsler Hugo,
Steindl Ludwig,
Wagner Ignaz, Marktcommissär der bestandenen Gemeinde Rudolfsheim. (Angenommen.)

Endlich in die XI. Rangclasse (Accessisten) einzureihen:

Siegl Franz, bisher Accessist des städt. Marktcommissariats,
Philipp Karl, Markt-Obercommissär der bestandenen Gemeinde Neulerchenfeld,
Richter Gottfried,
Mühleder Franz,
Beczicza Robert,
Wimazal Jakob, provisorischer Marktcommissär der bestandenen Gemeinde Ober-Meidling;

zu ernennen:

Mayer Ferdinand,
Auer Richard,
Weinlich Hans,
Spring Karl,
Wikaukil Emil,
Miesbach Josef,
Winkler Anton,
Rudlof Heinrich, provisorischer Marktcommissär der bestandenen Gemeinde Neulerchenfeld,
Färber Philipp, Marktcommissär der bestandenen Gemeinde Rudolfsheim,
Eckert Karl, Vieh- und Fleischbeschauer der bestandenen Gemeinde Simmering,
Maurus Georg, Marktcommissär der bestandenen Gemeinde Unter-Meidling, unter Bewilligung einer die Differenz gegen seine bisherigen Bezüge ausgleichenden Personalzulage von 320 fl.;

die übrigen acht systemisierten Stellen seien vorläufig unbesetzt zu belassen. (Angenommen.)

Bürgermeister Dr. Prix beantragt weiters, dass jene Beamten, welche die für den Marktcommissariatsdienst vorgeschriebene Prüfung über die Vieh- und Fleischbeschau, dann die Prüfung über die Kenntnis der vegetabilischen Nahrungs- und Genussmittel, speciell der Giftpflanzen, und die praktische Prüfung aus der Mehl- und Brotbeschau noch nicht abgelegt haben, nur provisorisch eingereiht und, falls sie diese Prüfungen nicht bis Ende 1894 abgelegt oder sich mit der Dispens hierüber ausgewiesen haben, als für den Marktamtsdienst ungeeignet erklärt werden. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

(Commission für Verkehrsanlagen in Wien.) Die Commission für Verkehrsanlagen in Wien hat in ihrer Vollversammlung vom 18. Februar 1893 beschlossen, dem Projecte der Stadt Wien für den Sammelcanal, welcher vom Mathildenplatze entlang dem linken Ufer des Donaucanales bis zu der an die Stadlauerbrücke anschließenden Canalbrücke der Staatseisenbahn-Gesellschaft geführt werden soll, unter dem Vorbehalte der Schlussfassungen über die angeregten geringfügigen Rückungen der Canaltrace nächst der Kaiser Josefsbrücke zuzustimmen. Bei der Ausführung des Canalstückes nächst der Franzensbrücke wird auf die eventuelle Anlage einer Eisenbahnbrücke im Zuge der Verbindungsbahnlinie Hauptzollamt—Praterstern Bedacht zu nehmen sein. Der Antrag der Gemeinde, die Ausführung des Canalbaues zu übernehmen, die Bauten zu leiten und zu überwachen, sowie die Arbeiten nach eigenem Ermessen zu vergeben, wurde angenommen und der Beschluss gefasst, die Gemeinde zu ersuchen, in Gewärtigung des wasserrechtlichen Bauconsenses unverweilt mit der Offertausschreibung vorzugehen. Bei diesen Arbeiten wird die von der Commission festgesetzte Arbeitsordnung zur Anwendung gelangen. Nach dem von der Commission zur Kenntnis genommenen Kostenvoranschlage ist der Aufwand für die in Rede stehende Anlage mit 1,117.683 fl. beziffert. Die Gemeinde wird weiters ersucht werden, noch über die bei der Bauvergebung gewärtigten Abgebote hinaus bei der Bauführung auf möglichst weitgehende Ersparungen hinzuwirken, damit eine Überschreitung des im Programme für die öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien für dieses Object angesetzten Betrages vermieden werde. Den technischen Erläuterungen zum Projecte entsprechend, soll der in Rede stehende Bau im Laufe eines Baujahres zu Ende geführt werden.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 12. bis 18. Februar 1893.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	208.639 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 115.639; aus Ober-Österreich — 1883; aus Mähren — 11.702; aus Galizien — 65.697; aus Ungarn — 12.241; aus der Bukowina — 1317; aus Bosnien — 160 Kg.)
Kalbfleisch . . .	21.187 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 2780; aus Ungarn 30; — aus Ober-Österreich — 23; aus Mähren — 18; aus Galizien — 18.224; aus der Bukowina — 112 Kg.)
Schaffleisch . . .	561 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 78; aus Mähren — —; aus Galizien — 313; aus Ungarn — 170; aus der Bukowina — — Kg.)
Schweinfleisch .	31.524 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 23.997; aus Oberösterreich — —; aus Böhmen 608; aus Mähren — 775; aus Galizien 4748; aus Ungarn — 1318; aus Croatien — 78 Kg.)
Kälber	1.001 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 23; aus Ober-Österreich — 1; aus Mähren — 9; aus Tirol — 14; — aus Galizien — 941; aus Ungarn — 3; aus der Bukowina — 10 — St.)
Schafe	272 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 219; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 34; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — 19 St.)
Schweine . .	1.201 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 146 aus Mähren — —; aus Galizien — 1023; aus Ungarn — 9; aus der Bukowina — 23 St.)
Lämmer	99 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 71; aus Galizien — —; aus Ungarn — 28 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	9.110 Kg.	Kälber	94 Stück
Kalbfleisch	154 „	Schafe	5 „
Schaffleisch . . .	37 „	Schweine	— „
Schweinfleisch . .	507 „	Lämmer	— „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von 22	bis 70	kr.	per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ 50	„ 90	„	„	„
Kalbfleisch		„ 30	„ 66	„	„	„
Schaffleisch		„ 32	„ 56	„	„	„
Schweinfleisch		„ 44	„ 70	„	„	„
Kälber		„ 40	„ 60	„	„	„
Schafe		„ 30	„ 40	„	„	„
Schweine		„ 40	„ 58	„	„	„
Lämmer		„ 2½	„ 5	fl.	per	Stück.

Die Zufuhr an Fleischwaren war gegen die Vorwoche etwas schwächer, jedoch vollkommen hinreichend. Die Nachfrage war gegen Wochenschluss etwas lebhafter und haben bei schwachem Bedarf die Preise des Rindfleisches seit Dienstag im allgemeinen eine Ermäßigung von 6 bis 10 kr. per Kilogramm und jene des Kalbfleisches eine solche von 4 bis 5 kr. per Kilogramm erfahren.

Bei den übrigen Fleischwaren behaupteten sich die vorwöchentlichen Preise.

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 20. Februar 1893.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 3844, Weidevieh — —, Beinlvieh — 433

Summa . 4277.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1408
Galizische „ . . .	1228
Deutsche „ . . .	1606
Büffel „ . . .	35

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3484
Stiere	372
Kühe	421

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Percentabzug.

Ungar. Schlachtthiere	von 50	bis 63	fl.
(extrem	„ —	„ —	„)
Galiz. Schlachtthiere	„ 50	„ 60	„
(extrem	„ —	„ —	„)
Deutsche Schlachtthiere	„ 52	„ 64	„
(extrem	„ 65	„ 66	„)
Weidevieh	„ —	„ —	„
Stiere	„ —	„ —	„
Kühe	„ —	„ —	„
Büffel	„ —	„ —	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 47 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt 2c.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt 2c., zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen . .	von 23	bis 32	fl.
Stiere . .	„ 25	„ 33	„
Kühe . . .	„ 22	„ 32	„
Büffel . .	„ 20	„ 24	„
Beinlvieh .	„ —	„ —	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . von 31½ bis 115 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Schlachtthiere angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . .	220 Stück
Beinlvieh . .	12 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 1054 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des den Bedarf übersteigenden Auftriebes ziemlich flau, daher die Preise einen Rückgang von 1 bis 2 fl. per 100 Kilo erfahren haben.

* * *

(Pferdemarkt vom 17. Februar 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 354 Pferde

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 100—250 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 17—60 „ „ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 12. Februar bis 18. Februar 1893:

(Geschlachtet wurden 363 Pferde.)

vom Pferde:

Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	20—36	kr.
Hinteres „	1 „	24—44	„
Lungen- und Rostbraten	1 „	24—44	„
Selchfleisch	1 „	30—50	„
Extrawürste	1 „	30—48	„
Dürre Würste	1 „	32—56	„
Rohes Fett	1 „	36—60	„
Geschmolzenes Fett	1 „	40—80	„
Schweifhaare	1 Schweif	25—80	„
Knochen	100 Kg.	fl. 2—3·30	
Häute	per St.	„ 3—6·50	

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 18. Februar 1893.

a) Getreide.

per 100 Kg.:

Weizen (Qualitätsgewicht 74—80 Kg.)	von 7 fl.	80 kr.	bis	8 fl.	65 kr.
Roggen („ 69—74 „)	„ 6 „	75 „	„	7 „	10 „
Gerste	„ 5 „	50 „	„	8 „	40 „
Mais	„ 5 „	— „	„	5 „	25 „
Hafer	„ 6 „	05 „	„	6 „	80 „

b) Mahlproducte.

per 100 Kg.:

Gries	von 14 fl.	75 kr.	bis	16 fl.	25 kr.
Weizenmehl	„ 6 „	50 „	„	16 „	25 „
Roggenmehl	„ 7 „	50 „	„	13 „	— „
Weizenkleie	„ 3 „	85 „	„	3 „	95 „
Roggenkleie	„ 4 „	60 „	„	4 „	65 „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 9. Februar bis 16. Februar 1893.

Waren eingelagert . . . . . 7.065 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 26.179 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 5.541 Meter-Centner.

Lagerstand vom 16. Februar 1893: 251.081 Meter-Centner, und zwar:

42.469	Meter-Centner	Weizen,	23.272	Meter-Centner	Roggen,
38.566	„	Gerste,	26.035	„	Hafer,
43.445	„	Mais,	7.624	„	Ölsaaten,
13.438	„	Mehl u. Kleie,	6.287	„	Wein,
1.054	„	Zucker,	5.209	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2,3 89.870 fl. öst. Währ.

Wasserangelegenheiten.

Infolge eingetretener Vermehrung der Ergiebigkeit der Hochquellenwasserleitung wurde das am 16. Jänner 1893 und nach kurzer Unterbrechung neuerlich am 29. Jänner 1893 in Betrieb gesetzte provisorische Schöpfwerk oberhalb des Kaiserbrunnens am 18. Februar 1893 um 12 Uhr mittags außer Betrieb gesetzt.

Gewerbeangelegenheiten.

(Genossenschaft der Deichgräber.) Bei der am 10. d. M. unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs, Magistratsconcipisten Dr. Max Weiß, vorgenommenen Wahl wurden Herr Georg Neumayer zum Vorsteher und Herr Richard Au zum Vorsteher-Stellvertreter der Genossenschaft der Deichgräber gewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 16. Februar bis 20. Februar 1893:

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Fugbachstraße 14, von Karl und Ernestine Suche, Bauführer A. Schlesak (739).

III. Bezirk: Haus, Grundb.-Einl. 2736, Fasangasse, von Holzmann & Comp., Bauführer C. Holzmann (736).

„ „ Haus, Grundb.-Einl. 2682, Mohsgasse, Ecke der Kleistgasse von Wendelin Kühnel, Bauführer A. von Bergmüller (734).

„ „ Haus, Kölblgasse 5, von August Fritz, Maurermeister (756).

„ „ Haus, Mohsgasse, Parc. 10, Grundb.-Einl. 2701, von Johann Horaček, Maurermeister (800).

XI. Bezirk: Ebenerdiges Wohnhaus, Zimmer, Kabinet und Küche, Kaiser-Ebersdorf, an der Hauptstraße, Parc.-Nr. 1658 und 1659, und Einl.-Z. 383, von Johann und Marie Springer, Bauführer Karl Kubin, Maurermeister (2575).

XV. Bezirk: Hausbau, Fünfhaus, Baustelle 17 b, Grundb.-Einl. 706, von Wilhelm Wacery, Bauführer ? (2485).

„ „ Hausbau, Fünfhaus, Neubaugürtel 32, von Michael Barth, Bauführer ? (2894).

„ „ Hausbau, Fünfhaus, Haidmannsgasse 4, von Heinrich und Rosa Stagl, Bauführer ? (2895).

XVII. Bezirk: Zweistöckiges Haus, Hernals, Karlsgasse 53, resp. Kastnergasse 6, von Rudolf Hörandner, Bauführer Georg Kowařik, Maurermeister (5850).

Für Zubauten:

III. Bezirk: Magazin und Werkstätte, Grundb.-Einl. 122, Baumgasse 5. von Wilhelm Brückner, Bauführer Julius Nitsche (794),

VII. Bezirk: Hofquertract, Conscr.-Nr. 367, Or.-Nr. 65, Zieglergasse, von B. C. Dub, Bauführer G. Alber (801).

XI. Bezirk: Zwei ebenerdige Hoftracte, Düngergrube und Scheuerthor-Erhöhung, Simmering, Kirchengasse Or.-Nr. 3, Conscr., Nr. 111, von Johann Götz, Bauführer Ferdinand Kaindl Baumeister (2574).

XIV. Bezirk: Schupfe, Rudolfsheim, Schallingergasse 4, von Johann Prokšch, Bauführer derselbe (3858).

„ „ Tischlerwerkstätte, Rudolfsheim, Hütteldorferstraße 79, von Josef Mareš, Bauführer Otto Ettmayer, Maurermeister (3865).

„ „ Abortzubau, Sechshaus, Ullmannstraße 69, von Katharina Mayer, Bauführer Karl Brunner, Baumeister (3963).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Schwangasse 1, von Hermann von Holbein, Bauführer Heinrich Ohrner, Baumeister (732).

„ „ Giselastraße 1, von Gottfried Alber, Stadtbaumeister (785).

V. Bezirk: Untere Bräuhausgasse 49, von Josef Schonka, Maurermeister (761).

VI. Bezirk: Stumpergasse 30 und 32, von Salomon Lemberger und Antonia Čedik (782).

VII. Bezirk: Schottenfeldgasse 94, von Franz Daxlmüller und Rudolf Kautz, Baumeister (740).

VIII. Bezirk: Langegasse 39, von Heinrich Schellenberg, Bauführer J. Scholz (748).

X. Bezirk: Himbergerstraße 148, von Josef Langer, Bauführer Josef Zeitlinger (5183).

XII. Bezirk: Fenster in eine Thüre, Gaudenzdorf, Plankengasse 57, von Ed. Kuntner, Bauführer Friedrich Sonnenburg (4595).

„ „ Hetzendorf, Hauptstraße 59, von Dominik Zieger, Bauführer Franz Proper (4599).

XIV. Bezirk: Schupfe und Werkstätte, Rudolfsheim, Reindorfgasse 31, von Rudolf Zinterhof, Bauführer Christof Gatty (3743).

XVI. Bezirk: Haus, Neulerchenfeld, Gaullachergasse 61, von Barbara Schneider, Bauführer Georg Kowařik (6486).

„ „ Haus, Ottakring, Hirtlgasse 18, von Leopold Moser, Bauführer Josef Polak (6745).

„ „ Haus, Neulerchenfeld, Burggasse 10, von Matthäus u. Marie Antonie Schneider, Bauführer Heinrich Staud (7038).

„ „ Haus, Ottakring, Dettergasse 7, von Marie Brazda, Bauführer Lehninger, Maurermeister (5862).

XVII. Bezirk: Adaptierungen im Nebengebäude, Neuwaldegg, Salmannsdorferstraße 3, von Jakob Rothberger, Bauführer H. und F. Glaser, Stadtbaumeister (5810).
" " Adaptierungen im rechten Seitentracte, Hernals, Josefigasse 24, von Eduard Twaroch, Bauführer Josef Grünbeck, Baumeister (5948).
XIX. Bezirk: Eisenconstruierte Überbrückung, Ober-Döbling, Neugasse 26, von Ignaz und Jakob Kuffner, Bauführer Percival, (3638).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Riegelwand, Baustelle 12 und 13, Gruppe C, VII, Kaiserplatz und Hochstraße, von Frants Djörup, Zimmermeister, Bauführer derselbe (731).
III. Bezirk: Gewächshaus, Steingasse 17, Grundb.-Einl. 1619, von Leopold Langer, Bauführer C. Reichstätter (795).
VI. Bezirk: Abort, Magdalenenstraße 53, von H. Sternberg jun., Bauführer Laske (797).
XV. Bezirk: Scheidemauer-Durchbruch, Fünfhaus, Herklotzgasse 14, von Gebrüder Lang, Bauführer ? (2649).
" " Doppelthür-Durchbrechung, Fünfhaus, Schönbrunner Hauptstraße 43, von Ludwig Obermayer, Bauführer ? (2504).
" " 1 Fenster unter der Einfahrt ausgebrochen, Fünfhaus, Robert Hamerlinggasse 25, Bauführer Prokſch, Baumeister (2717).
" " Wendelstiege-Durchbruch, Fünfhaus, Neubaugürtel 13, von Ludwig Sommer, Bauführer ? (2915).

Für Stockwerksaufsetzungen:

VI. Bezirk: Mollardgasse 50, von Brüder Steininger, Bauführer C. Stöger (754).
XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Gersthof, Alseggerstraße 44, von Ferdinand Müller, Bauführer Josef Prokop, Stadtbaumeister (4494).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

XII. Bezirk: Meidling, Bahnstraße, Grundb.-Einl. 558, von Karl Kittel sen. (763).
XIII. Bezirk: Breitensee Cat.-Parc. 233, 234, 466/3 und 472/2, von Amand Spetter (793).
XVI. Bezirk: Ottakring, Lerchenfelderstraße, Grundb.-Einl. 3 und Arltgasse, von Julius Frankl (764).
" " Ottakring, Grundb.-Einl. 1308, Lerchenfelderstraße, von Julius Frankl (766).
" " Ottakring, Grundb.-Einl. 2121, Lerchenfelderstraße, von Julius Frankl (767).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

II. Bezirk: Brigittenau, Ecke der Klosterneuburger- und Traunfelsgasse, Parc. 3252, Einl.-Z. 731, Baustelle Nr. 1, von Julius Horack und Alois Matschinger (803).
" " Grundb.-Einl. 1108, Mühlfeldgasse, von Josef Hörandner sen. (733).
" " Fugbachstraße 14, von Karl und Ernestine Suche (737).
III. Bezirk: Grundb.-Einl. 2736, Fasangasse, von Holzmann & Comp. (735).
" " Grundb.-Einl. 2701, Parc. 10, Mohsgasse, von Johann Horaček, Maurermeister (799).
VI. Bezirk: Münzwardeingasse 5, von Franz Anreiter (768).
XII. Bezirk: Gaudenzdorf, Stiegergasse 6, Einl.-Z. 145, von Franz Tasch (4592).
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Märzstraße, von Richard Wimmer, Bauführer Karl Langer (3864).
XVI. Bezirk: Parcelle, Ottakring, Rotherdstraße, Parc. 685, von Rudolf und Bertha Tomschik (6186).
XVII. Bezirk: Neubau eines Wohnhauses, Hernals, Karlsgasse 53, resp. Kastnergasse 6, von Rudolf Hörandner (5849).
XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Währing, Einl.-Z. 1379, Ecke der Michaeler- und Döblingerstraße, von Josef und Maria Weer-Thomayer (4593).

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 16. Februar 1893.

(Fortsetzung.)

Pohl Francisca — Milch-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Clementinengasse 2.
Osztermann Rosa — Milch- und Brot-Verschleiß — III., Adamsgasse 17.
Schmidgruber Johanna — Milch-Verschleiß mit Gebäck — XIII., Ober-St. Veit, Wiengasse 4.
Bradi Antonie — Modistin — III., Hauptstraße 84.
Ruibar Franz — Naturblumenhandel — XVI. Neulerchenfeld, Gürtel 22.
Herschl Ignaz — Pfaidler — XII., Schönbrunner Hauptstraße 72.
Schöbinger Marie — Victualienhandel — IV., Käruthnerthormarkt, Hütte 523.
Strauß David — Zeitungs-Verschleiß — III., Rennweg 13.
Schlosser Johann — Zimmermaler — IX., Schubertgasse 14.

Gewerbeanmeldungen vom 17. Februar 1893.

Nathan Heinrich — Ausschank und Kleinverschleiß von gebrannten geistigen Getränken — II., Auf der Haide 1.
Haindl Anton — Bäckergewerbe — II., Heistergasse 16.
Weiner Ferdinand — Bäckergewerbe — II., Krieau 13.
Horwitz Siegmund — Bank- und Commissionsgeschäft — IX., Maria-Theresienstraße 11.
Loderer Anna — Conserven-Erzeugung — XIV., Rudolfsheim, Neugasse 11.
Bach Helene — Damenkleidermacherin — VI., Blümelgasse 1.
Kolomazuik Vincenz — Damenkleidermacher — VIII., Josefstädterstr. 5.
Weiß Regine — Damenkleidermacherin — II., Nestroygasse 11.
Böck Margaretha — Einspännergewerbe — VIII., Florianigasse.
Kersten Robert — Eisengießer — XIV., Rudolfsheim, Holochergasse 22.
Schmidt Friedrich — Fabriksmäßige Erzeugung von Eisenbahnsignalen und Beleuchtungsgegenständen — II., Dresdnerstraße 79.
Geiger Moriz — Farb- und Lackhandel — XVI., Ottakring, Hauptstr. 23.
Lebl Johann — Fassbinder — XII., Unter-Meidling, Ruckergasse 27.
Bachrach Regine — Fleisch-Verschleiß — II., Große Schiffgasse 21.
Einzinger Ignaz — Fleisch-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Pantzergasse 13.
Führer Marie — Fiakergewerbe — I., Weihburggasse.
Laurer Karl — Fiakergewerbe — II., Praterstraße 47.
Erkal Franz — Friseur — V., Obere Amtshausgasse 20.
Matche Jakob — Friseur — XV., Fünfhaus, Michaelergasse 2.
Drexler Ignaz — Gastwirt — XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 88.
Hickel Heinrich — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Nußdorf, Gärtnergasse 119.
Krottendorfer Anton — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Unter-Sievering, Hauptstraße 97.
Kuhn Wenzel — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Nußdorf, Hauptplatz 8.
Bayer Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Louisengasse 12.
Blümel Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Steingasse 11.
Gößl Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 51.
Karasek Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 69.
Keilwerth Karl — Gemischtwarenhandel — VIII., Florianigasse 4.
Luft Daniel — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hetzgasse 31.
Steiner Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Eugenplatz 3.
Zirner Julius (Jakob), Zirner Alexander — Handel mit Juwelen, Gold- und Silberwaren — I., Kärnthnerstraße 42.
Lambert Adolf — Allgemeine Handelsagentie — III., Kegelgasse 10a.
Trebitsch Dagobert — Handelsagent — VI., Esterházygasse 31.
Sluszan Ludmilla — Hausierhandel mit Victualien — VII., Neubaugasse 86.
Gollerstepper Ignaz — Herrenkleidermacher — II., Schmelzgasse 1.
Sedlak Alois — Herrenkleidermacher — VIII., Lederergasse 3.
Rulf Josef — Holz- und Kohlen-Kleinverschleiß — XI., Simmering, Hauptstraße 66.
Witthofner Marie — Kaffeeschank — IV., Louisengasse 24.
Müller Johann — Kleidermacher — VII., Neustiftgasse 17.
Rosenbaum Adolf — Kleidermacher — VII., Mariahilferstraße 114.
Bartl Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — XI., Simmering, Hauptstraße 123.
Rumelhart Karl — Kleinfuhrwerk — XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 58.
Stadler Andreas — Kleinfuhrwerks-Inhaber — XVII., Hernals, Mitterberggasse 20.
Windhaber Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — XI., Simmering, Braunhubergasse 9.
Ensbrunner Gustav — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — VI., Hofmühlgasse 15.
Hrozek Anton — Kleinhandel mit Holz, Kohlen und Coaks — XVI., Ottakring, Elisabethgasse 2.
Zurmann Leopoldine — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks V., Arbeitergasse 40.
Fellerer Aloisia — Kunststickerei — XVI., Ottakring, Veronikagasse 25.
Heißig Anna Rosa — Leinwand-Verschleiß — II., Erzherzog Karlplatz 19.
Svozil Anna — Mieder-Verschleiß — XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner-Hauptstraße 78.
Kruckenhauser Simon — Milchmeiergewerbe — VIII., Pfeilgasse 5.
Grosse Anna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XIV., Sechshaus, Wehrgasse 4.
Siegert Leonhard — Milch- und Gebäck-Verschleiß — X., Laxenburgerstraße 35.
Pavlik Petronella — Milch-Verschleiß — IV., Karolinengasse 28.
Vetter Leopold — Milch-Verschleiß — XIV., Sechshaus, Kauerhof 10.
Ragg Anna — Modistin — I., Maximilianstraße 7.
Strupf Margaretha — Modistin — VII., Döblergasse 6.
Körber Johann — Pachtweiser Betrieb des Gastwirtsgewerbes — X., Laaerstraße 162.
Böhm Karoline — Pfaidlerei — V., Rampersdorfgasse 24.
Wild Johann — Pfaidlergewerbe — V., Tichtelgasse 18.
Vorreiter Cajetan — Schneider — XI., Simmering, Hirschengasse 27.

Eichberger Adolf — Schweißblatt-Erzeugung — XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 46.
Strauß Martha — Sonn- und Regenschirmmacher — VII., Neubaugasse 19.
Weiger David — Spirituosen-Verschleiß — III., Baumgasse 3.
Herdin Eduard — Uhrmacher — IX., Ackergasse 8.
Friedrichs August — Veranstaltung von Lichtbilder-Productionen — XIV., Sechshaus, Hauptstraße, Hotel Weintraube.
Appl Franz — Vergolder — VI., Moritzgasse 7.
Ghicas Georg — Verschleiß von Badeschwämmen, Bürsten, Seifen und Toiletteartikeln — I., Domgasse 2.
Brunner Josef — Wäscheputzer — IX., Lazarethgasse 3.
Mück Francisca — Wäscherin — XI., Simmering, Sechste Landeng. 81.
Rosenbaum Ignaz — Wein-Verschleiß — II., Klosterneuburgerstraße 34.
Baumgartner Rudolf — Ziergärtner — XI., Simmering, Döblerhofgasse 13.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 18. Februar 1893.

Pils Adolf — Brantweinschank — III., Reisnerstraße 10.
Rieger Josefine — Bronzearbeiter — VII., Kaiserstraße 101.
Fischer Antonie — Canditen-, Chocolade- und Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Neumayergasse 24.
Lachner Eduard — Deichgräberei — XVI., Neulerchenfeld, Herbststr. 40.
Eppinger Franz — Drechslergewerbe — VI., Sandwirtgasse 19.
Urban Adalbert — Drechslergewerbe — VI., Stumpergasse 21.
Pischinger Oskar — fabriksmäßige Erzeugung von Zuckerbäckerwaren — VII., Burggasse 31.
Legrady Josef Stefan — Fasser von Diamanten für Werkzeuge — IX., Alserbachstraße 6.
Mader Marie — Feinputzerei — IV., Waltergasse 3.
Studeny Leopold — Fleischwaren-Verschleiß — IV., Weyringergasse 7 a.
Müller Adolf — Friseur und Rasenr — XIII., Penzing, Hauptgasse 42.
Höniger August — Gast- und Schankgewerbe — XI., Reichsstraße 146.
Frotzler Ignaz — Gastwirt — VIII., Blindengasse 38.
Büttner Bertha — Gebetbücher-Verschleiß — VI., Mariahilferstraße 71 a.
Fuchs Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Mariengasse 13.
Kaiser Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Wienerstraße 8.
Klein Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Kreutzg. 54.
Krebs Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Sechshaus, Wehrgasse 6.
Kubin Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Seidengasse 38.
Kürer Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstr. 8.
Lanzoni Romeo — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Mitterberggasse 19.
Roußek Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Passingergasse 2.
Schmit Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Steinergasse 6.
Schrank Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Hasengasse 34.
Fritz Karl — Glaser — VII., Zieglergasse 59.
Suschny Max — Handel mit Horn- und Lederabfällen — XII., Altmannsdorf, Breitenfurterstraße 38.
Markovics Adalbert — Handel mit Hutzugehör-Artikeln — VII., Schottenfeldgasse 5.
Bermann Alois, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — VII., Mariahilferstraße 104.
Racs Anton — Kleidermacher — VII., Neustiftgasse 48.
Steinhauser Franz — Kleinfuhrmann — VI., Magdalenenstraße 38.
Kučera Johann — Kürschner — VII., Apollogasse 20.
Böttcher Marie — Marktfierantie — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstr. 66.
Bittner Barbara — Milchmeiergewerbe — XVII., Mayßengasse 3.
Fauta Judith — Milch-Verschleiß — VII., Siebensterngasse 56.
Iwanschitz Magdalena — Milch-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Ignazgasse 27.
Prohaska Anna — Milch-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Kriechbaumgasse 34.
Neuer Ignaz — Papierhändler — XVII., Weinhauserstraße 16.
Hohenberg Adolf — Pfaidler — VII., Burggasse 65.
Schubert Francisca — Pfaidlergewerbe — V., Einsiedlerplatz 1.
Wertheimer Hermann — Pfaidlergewerbe — III., Adamsgasse 30.
Bobrich Johann — Photographengewerbe — XVII., Ottakringerstraße 70.
Brod Julie — Porzellan-, Thon- und Steingutwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 44.
Schober Josef — Privilegium auf verbesserte horizontale Zackengewölbe — XVIII., Währing, Gürtelstraße 123.
Hans Josef — Roßhaarsiederei — XI., Preßburger Reichsstraße 151.
Styrsa Anton — Schneidergewerbe — XVII., Karlsgasse 43.
Ružicka Karl — Schuhmacher — III., Rennweg 65 a.
Vosolsobe Franz — Schuhmacher — XII., Unter-Meidling, Matzleinsdorferstraße 24.
Köhler Friederike — Selchwaren-Verschleiß — VII., Burggasse 24, 26.
Dauer Karl — Stadtlohnkutschergewerbe — XVII., Hernals, Rötzerg. 36.
Willheim Anton — Stadtträger — I., Parkring, Ecke der Liebenbergg.
Piechi Carlo — Strohhut- und Hutformen-Erzeugung — IV., Margarethenstraße 12.
Pick Katharina — Trödlergewerbe — VIII., Kochgasse 17.
Smetana Cäcilia — Übernahme von Kleidern zur chemischen Reinigung und Färbung — VI., Windmühlgasse 36.
Guldenbrein Franz — Verkauf von gebrannten geistigen Getränken — XVII., Schmerlinggasse 1.
Neumayer Karl — Verschleiß von Kerzen, Seifen, Lauge und Petroleum — XIII., Ober-St. Veit, Wiengasse 7.
Blumenthal Ferdinand — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — IX., Garnisonsgasse 7.

Inhalt.

Seite
Gemeinderath:
Stenographischer Bericht der öffentlichen Sitzung des Gemeinderathes vom 16. Februar 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Sasse und Stiaßny wegen Fernbleibens und Beurlaubung des Gem.-Rathes Schenzel . . 405
2. Dank des Vereines zur Unterstützung hilfsbedürftiger Schulkinder in Währing für die Subventionierung 405
3. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Schlechter, betreffend Sicherungsvorkehrungen in Ansehung der in der Wienflussstrecke von der Nevillebrücke bis zur Viehtriebbrücke angesammelten Schneemassen 405
Interpellation:
4. Gem.-Rath Wimberger, betreffend die Einführung von Maßregeln gegen die durch Überfütterung der Thiere am Viehmarkte veranlasste Schädigung der Fleischhauer 405
Antrag:
5. Gem.-Rath Dr. Nechansky, betreffend die Einführung von Sicherheitsmaßregeln für den Betrieb der Personenaufzüge in den neuen Stadthäusern 405
Referate:
6. Gem.-Rath v. Götz, betreffend Bewilligung eines Zuschusscredites zur Ausg.-Rubrik „Bauliche und sonstige Herstellungen im Rathhause" anlässlich der Installation der elektrischen Beleuchtung der Volkshalle 406
7. Gem.-Rath Schlechter, betreffend Subventionierung des Vereines der Jugendfreunde 406
8. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Central-Vereines zur Erhaltung der Kriegerdenkmäler vom Jahre 1866 in Böhmen 406
9. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Vereines zur Begründung und Erhaltung unentgeltlicher Knaben-Beschäftigungsanstalten im VII. Bezirke 406
10. Gem.-Rath Boschan, betreffend Maßnahmen gegen die Überfüllung der städtischen Versorgungsanstalten (Einführung von 10- und 12 fl.-Pfründen) 406
11. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend Widmung eines Beitrages für die durch das Erdbeben auf der Insel Zante in Nothlage Gerathenen 408
12. Gem.-Rath Jos. Müller, betreffend den Statthalterei-Erlass wegen Entscheidung in der Frage der angeregten Auflassung eines Theiles der Goldschlagstraße bei dem Kaiserin Elisabeth-Spitale im XIV. Bezirke 408
13. Gem.-Räthe Boschan und K. M. Mayer, betreffend den Haupt-Voranschlag der Stadt Wien pro 1893 (Fortsetzung der Special-Debatte) 409
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 10. Februar 1893 420
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 11. Februar 1893 422
Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen in Wien 424
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 12. bis 18. Februar 1893 425
Schlachtviehmarkt vom 20. Februar 1893 425
Pferdemarkt vom 17. Februar 1893 425
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 18. Februar 1893 426
Städtisches Lagerhaus 426
Wasserangelegenheiten 426
Gewerbeangelegenheiten:
Genossenschaft der Deichgräber 426
Baubewegung vom 16. bis 20. Februar 1893 426
Gewerbeanmeldungen 427
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. V. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.